

Jahresbericht

Geschäftsjahr

2002

des Deutschen Exekutivdirektors

**Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - IBRD
Internationale Entwicklungsorganisation - IDA
Internationale Finanzkorporation - IFC
Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur - MIGA
Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten -
ICSID**



**Büro des Deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank
Washington D.C.
September 2002**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Zusammenfassung für den eiligen Leser	1
2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahres 2001	5
2.1 Monterrey und die Millennium Development Goals	5
2.2 Die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	6
2.3 Die Weltbank und der Wiederaufbau Afghanistans	7
2.4 Sonstige wichtige Themen	8
2.4.1 Globale Öffentliche Güter und der Beitrag der WB zur HIV/AIDS-Bekämpfung	8
2.4.2 Die "Education for all" -Initiative	9
2.4.3 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative	11
2.4.4 Die Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren	12
2.4.5 IDA 13 Wiederauffüllungsverhandlungen	12
2.4.6 Der Weltentwicklungsbericht 2003	13
2.4.7 Das Staudammprojekt in Uganda	15
2.4.8 Argentinien: Vom Musterschüler zum Krisenfall	16
2.4.9 Die Umwelt und Sozialstandards der Weltbank	17
2.4.10 Die Kernarbeitsnormen	17
2.4.11 Die Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität	18
2.4.12 Development Gateway Foundation	19
2.4.13 Die Wirkung- und Ergebnismessung von Maßnahmen der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit	20
3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft	21
4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe	24
5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe	27
5.1 IBRD und IDA	27
5.2 IFC	28
5.3 MIGA	29
Anlagen	
1. Datenblatt IBRD/IDA	
2. Datenblatt IFC	
3. Datenblatt MIGA	
4. Organigramme IBRD/IDA, IFC, MIGA	

1. Zusammenfassung für den eiligen Leser

Das Geschäftsjahr 2002 (vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002) war ein bewegtes Jahr für die Weltbankgruppe. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde die Herbsttagung der Weltbank und des IWF aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 abgesagt und fand in stark verkleinerter Form im November in Ottawa/Kanada statt. Inhaltlich dominierten in diesem Jahr die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Monterrey), die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie die Wiederaufbauhilfe für Afghanistan die Diskussionen im Direktorium.

Die mit Erfolg im März 2002 beendete **Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung** in Monterrey setzt nach der Millenniumserklärung vom September 2000 und der WTO-Konferenz in Doha vom November 2001 ein weiteres positives Signal für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, allen voran der Halbierung der Armut bis zum Jahre 2015. Das Abschlussdokument – der sogenannte **Monterrey Konsens** – stellt ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele dar. Er ist Ausdruck einer neuen Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern.

Mit dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes und der Konstituierung einer neuen Regierung unter Präsident Karzai ist **Afghanistan** nach über 22jähriger Unterbrechung wieder in den Genuss von Krediten der Weltbankgruppe gekommen, die den Wiederaufbau des Landes intensiv unterstützen. Die im April 2002 verabschiedete „Transitional Support Strategy“ (TSS) bildet die Grundlage für das Unterstützungsprogramm der Weltbank in Afghanistan. Der „Multi-donor-Afghanistan Reconstruction Trust Fund“ (ARFT), an dem sich die Bundesrepublik Deutschland bisher mit € 10 Mio. beteiligt, koordiniert die Geberbeiträge. Hierüber sollen laufende Kosten der Regierung, prioritäre Sektor- und Investitionsprogramme und Projekte finanziert werden. Die Weltbank ist als Administrator des ARTF eingesetzt worden.

Im Lichte der Septemberereignisse hat das Thema **Geldwäsche** im Zusammenhang mit der **Terrorismusfinanzierung** an Brisanz und Aktualität gewonnen. IWF und Weltbank arbeiten auf diesem Gebiet in Form des „Financial Sector Assessment Program“ (FSAP) und dem „Report on Standards and Codes“ (ROSC) eng zusammen. Dennoch haben die Erfahrungen gezeigt, dass diese Maßnahmen der Finanzaufsicht den Entwicklungen im kriminellen und terroristischen Sektor nicht ausreichend gerecht werden, weshalb die „Financial Action Task Force on Money Laundering“ (FATF) eingesetzt wurde. Diese veröffentlichte im Nachgang zum 11. September spezielle Empfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die von IWF und Weltbank aufgegriffen wurden.

Das **Zusagevolumen** von IBRD und IDA ist im GJ 2002 um rund 12,7% auf US\$ 19,5 Mrd. gestiegen. Die Auszahlungen haben sich bei IDA um 20% auf US\$ 6,6 Mrd. erhöht, bei der IBRD sind sie um 5% auf 11,26 Mrd. US\$ zurückgegangen. Bei der IFC stieg das Zusagevolumen um 7% auf 4 Mrd. US\$ an, MIGA hingegen erlebte einen Einbruch von 32 %. Betrachtet man nur die von MIGA auf eigene Rechnung getätigten Vorhaben (d.h. ohne Cooperative Underwriting Programs) ergibt sich lediglich eine Gesamtsumme von US\$ 1,221 Mio.

Die IBRD erwirtschaftete im GJ 2002 einen Gewinn von 1,924 Mrd. US\$ und liegt damit um rund 29% über dem Vorjahresniveau.

Entwicklung der Geschäftstätigkeit von IBRD, IDA, IFC und MIGA

	2000		2001		2002	
	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr
IBRD	10.919	-51	10.487	-4	11.452	9
IDA	4.458	-34	6.764	55	8.067	19
IFC	3.505	0	3.742	7	4.006	7
MIGA	1.605	23	1.999	25	1.357	-32

Sonstige wichtige Themen:

HIV/AIDS ist zu einem der zentralen Schwerpunkte der internationalen EZ geworden und dementsprechend hat auch die WB in den letzten Jahren ihre Arbeit zur HIV/AIDS-Prävention entscheidend ausgeweitet. Schwerpunkt bildet nach wie vor Afrika südlich der Sahara, aber auch in anderen Regionen haben sich die HIV/AIDS-Aktivitäten der Bank intensiviert. Die WB verfolgt dabei einen multisektoralen und länderübergreifenden Ansatz.

Die Erreichung der **universellen Grundschulbildung** bis 2015 ist eines der acht Millenniumsziele, dessen Realisierung sich die internationale Gebergemeinschaft zur Aufgabe gesetzt hat. Dementsprechend steht das Thema hoch auf der Agenda der Entwicklungsbemühungen. Nach Schätzungen der WB müssen zur Erreichung des Zieles universeller Grundschulbildung jährlich mindestens US\$ 2,5 bis US\$ 5 Mrd. an zusätzlichen externen Mitteln aufgebracht werden. Im Juni 2002 hat die WB die sog. „**Education for All fast track**“-Initiative gestartet, durch die 18 Länder zusätzliche finanzielle Mittel zur Unterstützung ihrer Grundschulbildungsprogramme sowie fünf Länder technische Unterstützung erhalten sollen. Diese Initiative wird auch von Deutschland und anderen Gebern unterstützt.

Im Rahmen der „Erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder“ (**HIPC-Initiative**) erhalten mittlerweile 26 Länder Schuldendiensterleichterungen. Bei den 12 Staaten, die die Bedingungen für einen Schuldenerlass und für Armutsbekämpfung noch nicht erfüllen, handelt es sich im Wesentlichen um Konfliktländer und Länder mit schweren Governance-Problemen. Das Gesamtentschuldungsvolumen der HIPC-Initiative wird - ohne die Länder Sudan, Somalia und Liberia - auf über US\$ 70 Milliarden geschätzt.

Die Verhandlungen zur 13. Wiederauffüllung des „weichen“ Kreditfensters der Weltbank – **IDA 13** – wurden im Juli 2002 erfolgreich abgeschlossen. Mit umgerechnet 12,8 Mrd. US\$ liegt das Gesamtvolumen um 16% über dem Niveau der 12. Auffüllungsrunde. Rechnet man die internen Rückflüsse und Übertragungen hinzu, steht ein Finanzrahmen von rd. 23 Mrd. US\$ für die GJ 2003 bis 2005 zur Verfügung.

Ein **Staudammprojekt in Uganda** nahm hohen Stellenwert in der internen wie der öffentlichen Diskussion ein. Nachdem das Projekt vom Direktorium nach Abwägung der Risiken und Chancen im Jahre 2001 befürwortet wurde, brachte der nachfolgende Bericht des Inspection Panels der Weltbank Defizite zutage, die z.T. außerhalb des Gegenstandsbereiches der Weltbank fielen, aber z.T. auch die Notwendigkeit einer Reihe von zusätzlichen Korrekturmaßnahmen im Umsetzungsverfahren erforderlich machten. Parallel zu dieser Diskussion traten Korruptionsvorwürfe aus Uganda auf, die die Weltbank dazu veranlassten, zunächst keine weiteren Implementierungsschritte vorzunehmen.

Die sich ausweitende **Krise** in Lateinamerika nahm ihren Anfang in **Argentinien**, das sich seit Beginn 2001 in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befindet. Diese erreichte Ende 2001 mit dem Rücktritt der Regierung de la Rúa sowie der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit gegenüber privaten Gläubigern ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Weltbank hat ihr Programm in Argentinien, das bislang seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den IFIs ausnahmslos nachgekommen ist, weitergeführt. Vorbedingung für ein Aufstocken der Finanzhilfen ist eine substantielle Einigung Argentiniens mit dem IWF über ein makroökonomisches Rahmenabkommen.

Eine verstärkte **Ergebnisorientierung** soll die Effektivität der EZ insgesamt steigern. Dies haben die Gouverneure der WB auf der Frühjahrstagung 2002 beschlossen und die WB hat sich diesem Thema intensiv angenommen. Neben der Einrichtung einer neuen Stabstelle ist im Juni ein internationales Treffen zur Bestandsaufnahme und zukünftigen Arbeitsplanung veranstaltet worden, an dem auch deutsche Vertreter teilgenommen haben. Das Thema wird erneut auf der diesjährigen Herbsttagung im Vordergrund der Diskussion stehen.

Der **Weltentwicklungsbericht** 2003 beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Bedingungen einer sozial und ökologisch **nachhaltigen Wachstumsstrategie** mit dem Ziel der Eliminierung von Armut. Dabei wird im Bericht durchgängig die Bedeutung von **leistungsfähigen Institutionen** betont, die nicht einseitig zugunsten der besser gestellten Schichten der Gesellschaft agieren, sondern einen echten Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen fördern.

Die **Development Gateway Foundation** (DGF) hielt ihre konstituierende Sitzung im Dezember 2001. Neben der Weltbank sind Australien, Deutschland, Indien, Italien, Japan, die Republik Korea, Mali und Pakistan Gründungsmitglieder. Deutschland trägt mit 5,4 Mio € zur Finanzierung der Development Gateway Foundation bei.

Im GJ 2002 sind **Liefer- und Leistungsaufträge** aus WB-Krediten für insgesamt US \$ 880 Mio. nach Deutschland geflossen. Dies entspricht einem **Anteil von rd. 9,4 %** an den Auszahlungen der WB in Fremdwährung. Dies liegt deutlich über dem deutschen Kapitalanteil von rund 4,49%, bedeutet gegenüber dem Vorjahresergebnis von 8,52% sowohl absolut als auch relativ eine **Steigerung**. Überaus erfreulich ist die Entwicklung im Bereich der **Consultingleistungen**. Während dieser Anteil traditionell eher niedrig liegt (GJ 01: 6,67% GJ 00: 4,36%; GJ 99: 3,75%), konnte der **Anteil deutscher Consultingunternehmen** in diesem GJ auf **8,7%** gesteigert werden. Weiterhin besteht sowohl von der WB als auch von Seiten der deutschen Consultingwirtschaft ein großes Interesse am Consultant Trust Fund.

Im August 2002 wurden die Verhandlungen über die dritte **Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität** (GEF) in Washington abgeschlossen. Insgesamt werden für den Zeitraum Juli 2002 bis Juni 2006 **2,92 Mrd. US-\$** für die Förderprogramme der GEF zur Verfügung stehen. Davon sind rund **2,2 Mrd. US-\$ neu zugesagte Mittel**. Die Einigung ist angesichts der zunächst sehr zögerlichen Haltung der USA zwar respektabel, aber angesichts des hohen Finanzierungsbedarfs und der Erwartungen insbesondere der Entwicklungsländer im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eher **ernüchternd**.

Im GJ 2002 stabilisierte sich der **deutsche Personalanteil** knapp unter der im vergangenen Jahr erreichten 3% Marke bei **2,9%**. Dies ist in Anbetracht der fortlaufend sinkenden Zahl Internationaler Mitarbeiter ein noch zufriedenstellendes Ergebnis. Es bleibt aber wichtiges Ziel der Bundesregierung, die letztlich noch immer unbefriedigende Repräsentanz deutscher Mitarbeiter durch den Einsatz von Personalförderungskonzepten weiterhin zu verbessern.

Als wichtige Entwicklung hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und der Bundesregierung hat das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Konzeptionspapier entwickelt, das die Aufgaben und Ziele in der Zusammenarbeit mit der Weltbank aufzeigt. Dieses **Strategiepapier** wird in Kürze auf der Homepage des BMZ abrufbar sein.

Zum 15. Juni 2002 endete die sechsjährige Amtszeit des Deutschen Exekutivdirektors Dr. Helmut Schaffer. Dr. Eckhard Deutscher hat die Nachfolge im Amt am 16. Juni 2002 angetreten.

2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahres 2002

2.1 Monterrey und die Millennium Development Goals

Im März 2002 fand in Monterrey/Mexiko die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung statt. Neben rund 60 Staats- und Regierungschefs und dem VN-Generalsekretär nahmen auch – als Novum bei einer VN-Konferenz – der Geschäftsführende Direktor des IWF, Köhler, Weltbankpräsident Wolfensohn und WTO-Generaldirektor Moore teil.

Die Ergebnisse der Konferenz („Monterrey Konsens“) sind aus deutscher Sicht als **Erfolg** zu werten. Hervorzuheben sind dabei insbesondere die folgenden Aspekte:

- Der Monterrey Konsens stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele dar. Er ist Ausdruck einer **neuen Partnerschaft** zwischen Entwicklungs- und Industrieländern mit dem übergeordneten Ziel der nachhaltigen Entwicklung und Armutsreduzierung.
- Die **Entwicklungsländer** erkannten die **Eigenverantwortung** für die internen Rahmenbedingungen wie gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung an.
- Die Beratungen haben deutlich gemacht, dass die Entwicklungspolitik, die die Bekämpfung der Armut zu ihrem Hauptziel erklärt hat, ein unverzichtbarer Bestandteil einer wirkungsvollen **Sicherheitspolitik** ist.
- Sowohl die EU als auch USA, Kanada, Norwegen und die Schweiz haben deutliche **Erhöhungen** ihrer öffentlichen **Entwicklungsleistungen** angekündigt. Die EU-Mitgliedsländer haben sich verpflichtet, bis zum Jahr 2006 ihre Leistungen von derzeit 0,33% des Bruttosozialproduktes auf 0,39% anzuheben. Die Mitgliedsstaaten, die unter dem derzeitigen EU-Durchschnitt liegen (wie z.B. Deutschland mit 0,27%) streben dabei an, bis zum Jahr 2006 mindestens 0,33% zu erreichen.
- Die Konferenz verdeutlichte neben der Notwendigkeit einer signifikanten monetären Steigerung auch die Notwendigkeit einer **Effizienzverbesserung** der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Bedeutung von **privaten Kapitalzuflüssen** als Quelle der Entwicklungsfinanzierung.
- Die afrikanischen Staaten haben die „New Partnership for Africa’s Development“ (**NEPAD**) vorgestellt und begrüßten die Absicht der G8, beim Gipfel in Kanada einen Aktionsplan zur Unterstützung der NEPAD zu verabschieden.

Die **Einbindung von Weltbank, IWF und der WTO** bereits in den Vorbereitungsprozess hat in doppelter Hinsicht zu dem Konferenzserfolg beigetragen: Zum einen kam es zu einer **Annäherung** der unterschiedlichen **Gesprächs- und Verhandlungskulturen** in den Vereinten Nationen (VN) und den Bretton Woods-Institutionen; zum anderen wurden erstmals detailliert Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Bretton Woods Institutionen im Rahmen einer VN-Konferenz

behandelt und in das Abschlussdokument aufgenommen. Dieses Aufeinanderzugesehen ist eine entscheidene Voraussetzung für mehr **Kohärenz**.

2.2 Die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

IWF und Weltbank tragen durch das gemeinsame "Financial Sector Assessment Program" (FSAP) und den "Report on Standard and Codes" (ROSC) zur **Vermeidung des Missbrauches des Finanzsektors** bei. Das FSAP beinhaltet eine breit angelegte und konsistente Analyse von nationalen Finanzsektoren und untersucht Kernprinzipien der Überwachung sowie die Anfälligkeit des Finanzsystems für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Die im ROSC veröffentlichten Informationen werden zum großen Teil durch das FSAP gewonnen. Der IWF ist verantwortlich für die Module Datenverarbeitung und transparente Haushaltsführung; die Weltbank leitet die Bereiche "corporate governance", Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung sowie Insolvenzregelung und Kreditgeberrechte. Unter gemeinsamer Federführung von IWF und Weltbank werden die Bereiche Geld- und Finanzmarktpolitik, Bankenaufsicht, Wertpapierregulierung, Aufsicht des Versicherungswesens und Zahlungsverkehrssysteme evaluiert. Der ROSC fasst zusammen, inwieweit Länder international anerkannte Standards beachten. Grundlage der Zusammenarbeit sind dabei die Prinzipien Freiwilligkeit, Einheitlichkeit und Kooperation.

Die Rolle der Weltbank bei der Bekämpfung der internationalen Finanzmarktkriminalität liegt insbesondere in der **Schaffung stabiler wirtschaftlicher und rechtlicher Fundamente**. Neben dem FSAP hat die Weltbank über ihren Fokus auf Korruptionsbekämpfung, die Förderung guter Regierungsführung sowie die Unterstützung beim Aufbau einer gesunden Marktinfrastruktur zur Bekämpfung des Missbrauches von Finanzsystemen beigetragen.

Die Erfahrungen insbesondere des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass traditionelle Maßnahmen der Finanzaufsicht den Entwicklungen im kriminellen und terroristischen Sektor nicht ausreichend gerecht werden. Deshalb wurde die "**Financial Action Task Force on Money Laundering**" (FATF)¹ eingesetzt. Sie veröffentlichte 40 Empfehlungen, die einen Rahmen für die Geldwäschebekämpfung geben. Dies umfasst die Bereiche Strafrechtssysteme und Gesetzesvollzug, Finanzsysteme und deren Regulierung sowie internationale Kooperation. Nach dem Ereignis vom 11. September 2001 wurden von der FATF acht spezielle Empfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung verabschiedet.

Am 2. April 2002 haben IWF und Weltbank eine Methodologie, die Bestandteil des FSAP werden soll, vorgelegt (sog. Anhang I-Papier). Sie basiert u.a. auf den 40 Empfehlungen der FATF zur Bekämpfung der Geldwäsche und den 8 Empfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

Eine im September 2001 bei der FATF eingerichtete Arbeitsgruppe hat sich mit der Entwicklung von Kriterien auch auf dem Gebiet „**law enforcement**“ befasst, die im

¹ Die FATF wurde ursprünglich von den G7 Staaten gegründet. Mittlerweile hat sie 31 Mitglieder (29 Staaten, die EU und den Kooperationsrat der Golfstaaten).

Anhang I-Papier noch nicht abgedeckt waren. Als Ergebnis wurde das sogenannte Anhang II-Papier vorgelegt.

Anhang I und Anhang II werden jetzt zusammengeführt, d.h. es wird eine einheitliche Methodologie entwickelt. Die Verabschiedung des einheitlichen Methodologiedokumentes durch die FATF ist für deren Plenarsitzung im Oktober 2002 vorgesehen. Diese einheitliche Methodologie würde dann auch von IWF und Weltbank bei der Erstellung von FSAPs und ROSCs verwendet.

Bei den gemeinsamen Überprüfungen durch FATF, IWF und Weltbank bleiben die drei ROSC-Prinzipien gewahrt. Jede Organisation soll im Rahmen ihres Mandats bleiben. Falls erforderlich, werden externe Experten herangezogen; Doppelarbeit soll vermieden werden. Offen ist gegenwärtig, ob bei den Überprüfungen die koordinierende Funktion von der FATF oder von IWF und Weltbank wahrgenommen werden soll. In einer Pilotphase von einem Jahr werden beide Ansätze parallel erprobt.

2.3 Die Weltbank und der Wiederaufbau Afghanistans

Aufgrund der politischen Situation in Afghanistan sind dem IBRD, IDA, IFC und MIGA-Mitglied Afghanistan seit 1979 von der WB-Gruppe keine Kredite mehr gewährt worden. Seit dem Fall des Taliban-Regimes und der neuen Regierung unter Präsident Karzai unterstützt die WB-Gruppe intensiv den Wiederaufbau des Landes.

Dabei ist die im April 2002 verabschiedete „**Transitional Support Strategy**“ (TSS) die Grundlage für das Unterstützungsprogramm der WB-Gruppe für die Zeit bis Ende 2002. Kern der Strategie ist, a) wieder normale Beziehungen mit der WB herzustellen, b) über die Bereitstellung umfangreicher IDA-Mittel dringende Wiederaufbauhilfe (insbesondere auch Kapazitäts- und Institutionenaufbau zur Abwicklung der Geberbeiträge) zu leisten und technische Unterstützung zu geben sowie c) Politikberatung und analytische Arbeiten durchzuführen. Als **Schwerpunktbereiche** werden Wiederaufbau und Stärkung der **Regierungsinstitutionen**, Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensunterhaltes, Wiederaufbau dringend benötigter **Infrastruktur**, **sozialer Sektor**, **Kommunikation**, **Privatsektor** sowie **Landwirtschaft** genannt. Bei all diesen Maßnahmen beabsichtigt die WB intensiv mit allen anderen Gebern zusammenzuarbeiten und die einzelnen Maßnahmen zu koordinieren.

Dazu hat das Direktorium der WB bereits am 27. März 2002 der Einrichtung eines Treuhandfonds, dem „**Multi-donor Afghanistan Reconstruction Trust Fund**“ oder „**ARTF**“, zum Wiederaufbau Afghanistans zugestimmt. Die Bundesregierung hat sich am ARTF bisher mit € 10 Mio. beteiligt und unterstützt das Land darüber hinaus signifikant durch bilaterale Maßnahmen. Andere Geber sind (Stand 19. Juni 2002): Dänemark (US\$ 5 Mio.), Europäische Kommission (€ 30 Mio.), Finnland (€ 1 Mio.), GB (US\$ 147 Mio.), Indien (US\$ 200.000), Irland (US\$ 1 Mio.), Italien (US\$ 7 Mio.), Korea (US\$ 1 Mio.), Niederlande (€ 35 Mio. und zusätzliche € 35 Mio. jährlich über die nächsten 3 Jahre), Norwegen (US\$ 1,832 Mio.), Saudi Arabien (US\$ 5 Mio.), Türkei (US\$ 500.000) und USA (US\$ 5 Mio.). Ziel des ARTF ist es, ein einfaches und koordiniertes Instrument zur Abwicklung der Geberbeiträge zu schaffen. Über den ARTF sollen laufende Kosten der Regierung sowie prioritäre Sektor- und Investitionsprogramme finanziert werden. Als Administrator des ARTF ist die WB eingesetzt worden, die damit die allgemeine

treuhänderische Verantwortung übernommen hat. Über die konkrete Mittelverwendung des ARTF bestimmt jedoch in Konsultation mit der afghanischen Regierung das sog. „Managing Committee“, bestehend aus der WB, ADB, IsDB und UNDP.

Gegenwärtig ist Afghanistan mit rund US\$ 75 Mio. aus IDA-Maßnahmen verschuldet; davon sind US\$ 26,7 Mio. rückständig. Die Frage der **Rückstände** soll möglichst bald gelöst werden, damit neue IDA-Kredite an Afghanistan gewährt werden können. Das Management der WB denkt insbesondere daran, das Problem bis zum Frühjahr 2003 über Geberbeiträge zu lösen.

Auf der Ministerkonferenz in Tokio am 21./22. Januar 2002 hat die WB Afghanistan US\$ 500 Mio. an IDA-Mitteln für die nächsten 30 Monate zugesagt. In Ergänzung dazu sollen US\$ 70 Mio. an Zuschüssen für unmittelbare Maßnahmen eingesetzt werden. Die TSS schlägt außerdem vor, **IDA-Post-Konflikt-Zuschüsse** von bis zu US\$ 100 Mio. in den nächsten 4 bis 9 Monaten zur Unterstützung unmittelbarer Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen einzusetzen. Als erste Maßnahme ist daraus das „Emergency Public Administration Project“ mit US\$ 10 Mio. finanziert worden. Das Projekt soll die afghanische Regierung dabei unterstützen, Kapazitäten aufzubauen für die Leitung des Wiederaufbau- und Hilfsprozesses. Insbesondere sollen Maßnahmen in den Bereichen Ausschreibungen, Rechnungsprüfung und Finanzmanagement finanziert werden.

Deutschland hat auf der Konferenz in Tokio nicht nur den **größten bilateralen Beitrag** der EU-Mitgliedstaaten von insgesamt € 320 Mio. für die Periode 2002-2005 (€ 80 Mio. für 2002) **angekündigt**, sondern auch rasch und flexibel die Umsetzung der Maßnahmen eingeleitet. Darüber hinaus hat Deutschland als einziger Geber ein **Konzeptpapier für den Wiederaufbau Afghanistans** vorgelegt, das von der afghanischen Interimsregierung und anderen Delegationen sehr positiv aufgenommen wurde. Prioritär für das deutsche Engagement sind die Bereiche Bildung, Frauen, Gesundheit einschließlich Wasser, Rechtsstaatlichkeit, Aufbau demokratischer Strukturen und Sicherheit. Die Bereitschaft Deutschlands zur Übernahme der „lead role“ beim Aufbau der afghanischen Polizei einschließlich einer Drogenkontroll-Komponente wurde durchgängig begrüßt. Insgesamt hat Deutschland intensiv die Beratungs- und Koordinierungsprozesse auf internationaler Ebene begleitet und beeinflusst.

2.4 Sonstige wichtige Themen

2.4.1 Globale Öffentliche Güter und der Beitrag der WB zur HIV/AIDS-Bekämpfung

Die **HIV/AIDS-Bekämpfung** ist heute einer der zentralen Schwerpunkte der internationalen EZ. Die WB hat in den letzten Jahren ihre Arbeit zur HIV/AIDS-Prävention entscheidend ausgeweitet (siehe auch Jahresbericht 2001, S. 10-12). Dabei lag in den letzten Jahren der **Schwerpunkt** der HIV/AIDS-Aktivitäten der WB auf **Afrika südlich der Sahara**, was mit einem starken Ressourcenanstieg in die Region verbunden war. Aber auch in der Karibik und anderen Regionen sind die Aktivitäten in HIV/AIDS-betroffenen Bereichen stark angestiegen.

Das selbstgesteckte organisatorische Ziel, HIV/AIDS-Aktivitäten flächendeckend in allen Bereichen der WB umzusetzen („mainstreaming“), wo sie sinnvoll und angemessen

sind, ist für die Afrikaabteilung bereits realisiert worden. Länderstrategien, Kreditvergabe und Armutsstrategien (PRSPs) gehen regelmäßig auch auf die HIV/AIDS-Herausforderungen ein und geben Antworten für jeden Sektor. Die **HIV/AIDS-Strategie für Afrika** ist über einen umfangreichen partizipativen Strategieplanungsprozess entstanden und gibt somit die Sichtweisen der verschiedenen Akteure angemessen wider. Intensive Konsultationen wurden mit afrikanischen Regierungen, UNAIDS, der „International Partnership Against HIV/AIDS“ in Afrika, NGOs, anderen multi- und bilateralen Gebern, Stiftungen, dem Privatsektor sowie mit von HIV/AIDS betroffenen Personen durchgeführt. Die Strategie ist bereits von 16 afrikanischen Ländern übernommen und ein ähnlicher Mehrländer-Ansatz ist auch in der **Karibik** eingeführt worden.

In den zurückliegenden drei Jahren hat die WB einen wesentlich systematischeren Ansatz zur Bekämpfung von HIV/AIDS entwickelt, um zunächst der Pandemie gerecht zu werden. War der ursprüngliche Fokus zunächst auf die Länder südlich der Sahara gerichtet, so werden heute die **HIV/AIDS-Anstrengungen** auch auf die anderen **Regionen ausgeweitet** und intensiviert. Die Strategie der WB verfolgt einen multisektoralen und länderübergreifenden Ansatz. Anfang 2002 wurde eine „Global HIV/AIDS Unit“ in der WB eingeführt, um die HIV/AIDS-Pandemie von einer sektorübergreifenden Perspektive angehen zu können und die regionalen Aktivitäten zu unterstützen. Die neue Einheit versteht sich als Dienstleister für globales Lernen und den Wissensaustausch von Ansätzen und „best practices“ zu HIV/AIDS. Außerdem übernimmt sie die wesentliche Funktion, mit Partnern in UNAIDS AIDS-relevante Aktivitäten auf Länderebene, wie z.B. die Mehrländer-HIV/AIDS-Programme, zu verfolgen und zu evaluieren.

Auf globaler Ebene stellte die WB US\$ 1 Mrd. für HIV/AIDS-Programme unter dem Mehrländer-HIV/AIDS-Programm („MAP Phase 1 and 2“) zur Verfügung. Zusätzlich fördert die WB aber auch weiterhin Projekte, in denen einzelne Komponenten die HIV/AIDS-Problematik angehen. Im Finanzjahr 2002 sind US\$ 300 Mio. an Neuzusagen für Vorhaben in Benin, Burkina Faso, Burundi, Cap Verde, ZAR, Jamaika, Madagaskar, Nigeria, Senegal und Sierra Leone gegeben worden. Im letzten Jahrzehnt hat die WB HIV/AIDS-Aktivitäten in 64 Ländern unterstützt. Im kommenden Jahr will sie sich verstärkt auf die beiden Regionen Ostasien und Pazifik sowie Osteuropa und Zentralasien konzentrieren.

2.4.2 Die „Education for all“ - Initiative

„Education for All“ (EFA) steht seit dem internationalen Treffen in Dakar im April 2000 erneut hoch auf der internationalen Entwicklungsagenda. Es wird dementsprechend auch wieder - wie schon zuvor bei der Frühjahrstagung der Gouverneure der WB - **Thema des Development Committees** der WB anlässlich der diesjährigen Jahrestagung von IWF und WB sein.

Die Erreichung der universellen Grundschulbildung („achieve universal primary education“) bis 2015 ist eines der acht **Millenniumsziele** (die sog. „Millennium Development Goals“ oder „MDGs“), dessen Realisierung sich die internationale Entwicklungsgemeinschaft zur Aufgabe gesetzt hat. Dabei gelten als Erfolgsindikatoren nicht mehr wie bisher die rein quantitativen Einschulungsraten (wobei die sog. „drop-out“-Raten zumeist nicht beachtet wurden), sondern die qualitativ aussagefähigeren

Abschlussraten: gemessen werden soll der Anteil der Schüler, die 5 Grundschuljahre absolviert haben sowie die allgemeine Analphabetenrate der 15 bis 24jährigen. Eng an das Ziel der Erreichung der universellen Grundschulbildung ist ein weiteres MDG gekoppelt, nämlich das der Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen („eliminate gender disparity“) bis 2005.

Die WB kommt in ihrer Analyse der gegenwärtigen Situation im Grundbildungsbereich zu folgenden Ergebnissen:

- Das Risiko, die Ziele des EFA-Programmes nicht zu erreichen, ist wesentlich größer als bisher angenommen. Unter Heranziehung des neuen Indikators der Abschlussraten erhöht sich die Anzahl der Risikoländer, also derjenigen Länder mit Problemen, EFA zu erreichen, von 32 auf 88.
- Jedoch rechnet die WB damit, dass durch die Anwendung der richtigen Politik von diesen 88 „Risikoländern“ 59 die Ziele des EFA-Programmes bis 2015 erreichen könnten. Die verbleibenden 29 Länder werden jedoch ohne signifikante ökonomische Wachstumsraten die EFA-Ziele verfehlen.
- Bildungspolitik, die Lernergebnisse verbessern, sind ebenso wichtig wie finanzielle Mittel.
- Die „Risikoländer“ haben erhebliche Finanzlücken, die durch die internationale Gebergemeinschaft gefüllt werden müssen, wenn EFA erreicht werden soll.

Für den weiteren Fortschritt schlägt die WB deshalb einen **Aktionsplan** vor, der im Wesentlichen vier Lücken im Erziehungsbereich füllen soll:

1. Erhebung von qualitativen Daten
2. Einführung von effektiven Politiken
3. Aufbau von umfangreichen institutionellen Kapazitäten
4. angemessene interne und externe Finanzierung.

Die WB rechnet für die 47 IDA-Länder, für die eine detaillierte Kostenanalyse erstellt worden ist (von ursprünglich 79 Ländern sind diejenigen ausgeschlossen worden, die über weniger als 1 Mio. Einwohner und eine ungenügende Datenqualität verfügen sowie nicht „at risk“ sind, das EFA-Ziel zu erreichen), mit einem jährlich erforderlichen Anstieg der Ausgaben für Grundbildung von US\$ 7,4 Mrd. auf US\$ 16,4 Mrd. zwischen 2002 und 2015. Obwohl die Länder die Hauptlast selbst finanzieren müssen, schätzt die WB, dass jährlich mindestens US\$ 2,5 bis US\$ 5 Mrd. zusätzlich an externen Mitteln aufzubringen sind. Diese Summe entspricht dem drei- bis fünffachen, das die Länder zur Zeit an externer Finanzierung für Grundbildung erhalten. Für die Region südlich der Sahara rechnet die WB sogar mit einem notwendigen Anstieg um das Siebenfache.

Am 12. Juni 2002 hat die WB die sog. „**EFA fast track**“-Initiative gestartet, durch die 18 Länder, die über nationale Pläne zur Entwicklung der Grundbildung und darüber hinaus über die entsprechenden Rahmenbedingungen („good governance“, transparente Haushaltsführung, vorhandene PRSP) verfügen, **zusätzliche finanzielle Mittel** zur Unterstützung ihrer Grundbildungsprogramme erhalten sollen. Zu den Ländern zählen: Bolivien, Burkina Faso, Honduras, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Tanzania, Uganda, Zambia, Albanien, Gambia, Ghana, Guyana, Vietnam, Guinea, Äthiopien und Jemen. Hinzu kommen noch fünf weitere Länder (Indien, Pakistan, Bangladesch, Republik Kongo und Nigeria), in denen Lücken in den Bereichen Datenerhebung, Grundbildungspolitiken sowie Kapazitäten gefüllt werden sollen, damit sie ebenfalls für EFA-Zuschüsse zugangsberechtigt sind.

Die „fast track“-Initiative beruht auf einer engen Zusammenarbeit von WB, UNESCO und UNICEF. Sie wird außerdem von den anderen Gebern - auch Deutschland - z.B. durch die Bündelung und Koordination bilateraler Maßnahmen unterstützt. Ein entsprechendes Koordinierungstreffen hat am 17. Juli 2002 unter deutscher Beteiligung bei der WB in Washington stattgefunden.

2.4.3 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative

Bis zum Juni 2002 haben **26 Länder** (2001: 23) im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative), den sog. **Decision Point erreicht** und erhalten nunmehr Schuldendiensterleichterungen, die im gesamten Zeitablauf ca. US\$ 41 Milliarden betragen. Die Entlastung erhöht sich noch durch von den meisten bilateralen Gläubigern geplanten Zusatzmaßnahmen.

Bei den verbleibenden 12 Staaten, bei denen die Bedingungen für einen Schuldenerlass noch nicht erfüllt sind, handelt es sich im Wesentlichen um Konfliktländer und Länder mit schweren Governance-Problemen.

Die erwarteten Auswirkungen der Entschuldung auf diverse Verschuldungsindikatoren der 26 Entschuldungsländer lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Einschließlich der bilateralen Schuldenerlasse des Pariser Clubs wird sich der **Schuldenstand** insgesamt **um ca. zwei Drittel reduzieren**.
- Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP fällt von 56% auf 24%.
- Der laufende jährliche Schuldendienst dürfte nach der Entschuldung, von bezahlten knapp 16 % der Exporte in den Jahren vor der Umsetzung, auf ca. 9% danach fallen.
- Nach Umsetzung der Entschuldung fällt der **Schuldendienst** von 3,7% des BIP (1998/99) auf 2,4% des BIP (2001-2005).
- Die **Sozialausgaben** steigen von 5,3 Mrd. US-\$ 1999 auf 7,6 Mrd. US-\$ 2002 oder von ca. 6% des BIP auf 9% des BIP. Im Ergebnis wären die Sozialausgaben damit mehr als dreimal so hoch wie die Schuldendienstausgaben.

Nach der Teilentlastung der Länder wird - nach Erfüllung der vereinbarten Reformmaßnahmen seitens der Schuldnerländer - der vereinbarte Schuldenerlass abschließend vollzogen. Den sog. „**Completion Point**“, erreichten bisher **sechs Länder** (Uganda, Bolivien, Mosambik, Tansania, Burkina Faso und Mauretanien); für Ende 2002 wird erwartet, dass zwei weitere Länder den „Completion Point“ erreichen werden (Benin und Mali).

Das Gesamtentschuldungsvolumen der HIPC-Initiative wird - ohne die Länder Sudan, Somalia und Liberia - auf über US\$ 70 Milliarden geschätzt.

2.4.4 Die Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren

Die **Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren** hat in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert in der internationalen Entwicklungsagenda eingenommen (siehe auch „Jahresbericht 2001“, S. 13-15). Durch Harmonisierung sollen im Wesentlichen die Transaktionskosten und der Druck auf die administrativen Kapazitäten der Entwicklungsländer gesenkt werden. Ziel ist es, die Absorptionsfähigkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken und damit die **Effektivität** entwicklungspolitischer Zusammenarbeit („aid effectiveness“) zu **erhöhen**.

Das Development Committee verabschiedete im November 2001 einen Arbeitsplan und forderte die WB auf, in Konsultationen mit ihren bi- und multilateralen Partnern halbjährliche Fortschrittsberichte zu erstellen. Zu den ursprünglich als zentral angesehenen Themenfeldern Finanzmanagement, Auftrags- und Beschaffungswesen und Umweltanalysen sind noch die beiden Bereiche „economic and sector work“ sowie Monitoring und Berichtswesen hinzugekommen. Auf der PRSP-Konferenz Anfang diesen Jahres in Washington wurde auch die zunehmend große Bedeutung der Anpassung der Geberstrategien an die ländereigenen Armutsreduzierungsstrategien und damit einhergehend die **Harmonisierung von operativen Politiken und Verfahren im Rahmen des PRSP-Prozesses** hervorgehoben. Ergänzend zielt der „Monterrey-Konsens“ auf eine höhere Effektivität der Hilfe auf dem Länderniveau durch verbesserte Harmonisierung ab.

Die Arbeitsgruppen der **OECD-DAC Task Force** und diejenigen der multilateralen Entwicklungsbanken haben gute **Fortschritte** bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms gemacht und wollen 8 bis 10 „good practice“-Prinzipien oder Standardpapiere, z.B. zu den Themen Standards, länderanalytische Arbeit und Vergaberichtlinien, bis Ende 2002 entwickelt haben. Die WB hat ihre operative Flexibilität erhöht, mit dem Ergebnis, dass z.B. Finanzberichte anderer Organisationen akzeptiert werden können. Darüber hinaus kann die WB jetzt auch an sogenannten „pooled funding arrangements“ zur Unterstützung sektorweiter Programme ohne Gefahr der Aufweichung ihrer Standards teilnehmen. Die WB hat ebenfalls eine Reihe von **Länder-Pilotvorhaben** gestartet (Vietnam und Eritrea). Dabei sollen die jeweiligen Regierungen unterstützt werden, umfassende Harmonisierungsprogramme mit konkreten und zeitlich gebundenen Ergebnissen umzusetzen.

Zukünftig soll der eingeschlagene Weg über die bilateralen und multilateralen Arbeitsgruppen unter Einbezug der Erfahrungen aus den Pilotländern fortgesetzt werden. Dazu ist u.a. ein „**High Level Forum on Harmonization**“ vorgesehen. Dieses ist für Februar 2003 in Italien **geplant** und wird die wesentliche Herausforderung zu bewältigen haben, das Arbeitsprogramm zur Harmonisierung in die **Implementierungsphase** zu überführen (z.B. durch die freiwillige Übernahmen von „good practice principles“ und der Umsetzung in den jeweiligen Länderprogrammen durch die Gebergemeinschaft).

2.4.5 IDA 13 Wiederauffüllungsverhandlungen

Die Verhandlungen zur 13. Wiederauffüllung des „weichen“ Kreditfensters der Bank (IDA13) wurden im Juli 2002 in London abgeschlossen.

Mit 10,02 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) – umgerechnet rd. 12,8 Mrd. US\$ - liegt die Wiederauffüllung um 16% über dem Niveau der 12. Auffüllung. Zusammen mit internen IDA-Mitteln aus Rückflüssen und Übertragungen von Gewinnen der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) ermöglicht dies einen Finanzierungsrahmen von 18 Mrd. SZR (rd. 23 Mrd. US\$) für den Zeitraum der Finanzjahre 2003 bis 2005.

Erstmals nahmen Vertreter der Entwicklungsländer an allen Verhandlungsrunden teil. Darüber hinaus fanden Konsultationen mit Vertretern der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft statt. Größere Transparenz und ein partnerschaftliches Verhältnis bei den multilateralen Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit wurden dadurch ermöglicht.

Das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung ist programmatisch umgesetzt. Die inhaltliche Ausrichtung auf ländereigene Strategien (PRSP) – vor dem Hintergrund der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen - betont gleichfalls die partnerschaftliche und transparente Zusammenarbeit.

Die Agenda für IDA 13 sieht vor, dass die Leistungen sich an überprüfbaren Entwicklungswirkungen auf Länderebene messen lassen. Die intensive Debatte prozeduraler und institutioneller Fragen spiegelte die aktuelle entwicklungspolitische Diskussion wieder, wie Unterstützung organisiert werden soll. Inhaltliche Fragen, die bei früheren Verhandlungen eine wesentliche Rolle spielten, traten in den Hintergrund. Die anerkannte wichtige Rolle von IDA auf strategischer Ebene erfordert eine Ausweitung der analytischen Arbeiten. So wird künftig allen Länderstrategien eine Armutsanalyse zugrunde gelegt. Darüber hinaus sollen die Entwicklungsländer unterstützt werden, eigene Überprüfungssysteme aufzubauen.

Motiv der künftig erweiterten Zuschussvergabe ist, die Verwundbarkeit der ärmsten Länder nicht weiter durch externe Verschuldung zu erhöhen. Das Gesamt-Zuschussvolumen bei IDA 13 beträgt bis zu 21%. Bei der Bemessung der Zuschuss Höhe werden neben der Verwundbarkeit bei externer Verschuldung, Nach-Konflikt-Situationen sowie die Themen HIV/AIDS und Naturkatastrophen berücksichtigt.

2.4.6 Der Weltentwicklungsbericht 2003

Der Weltentwicklungsbericht (WDR) für das Jahr 2003 beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Bedingungen einer sozial und ökologisch **nachhaltigen Wachstumsstrategie** mit dem Ziel der Reduzierung der Armut (engl. Titel: „Dynamic Development in a Sustainable World“).

Derzeit leben weltweit rund 3 Mrd. Menschen in Armut. Durch das Bevölkerungswachstum wird sich die Bevölkerung in den Entwicklungsländern in den nächsten 30 Jahren um weitere 2 Mrd. Menschen erhöhen. Angesichts dieser Zahlen wird zur Beseitigung der Armut **ökonomisches Wachstum** als **Notwendigkeit** angesehen. Die in den letzten Dekaden teilweise erzielten Verbesserungen des Lebensstandards wurden häufig nur auf Kosten einer intakten Umwelt und einer stabilen

sozialen Situation erreicht. Diese Probleme unterminieren langfristig die erzielten Erfolge und die Produktivität in den Entwicklungsländern. Die Wachstumsstrategien müssen daher grundlegend verändert werden, um die Lösung der globalen Probleme zu ermöglichen.

Da sich die globalen ökologischen und sozialen Probleme nur begrenzt über Marktmechanismen regulieren lassen, wird in dem Bericht durchweg die Bedeutung von **leistungsfähigen Institutionen** betont, die sicherstellen müssen, dass sich die Wachstumsstrategien am Gedanken der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ausrichten.

Die Interdependenzen zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft werden für verschiedene regionale Systeme getrennt analysiert. Während für fragile Ökosysteme (z.B. Regionen mit extremer Wasserknappheit, geringer landwirtschaftlicher Ertragskraft) ein stärkerer Rekurs auf traditionelles Wissen gefordert wird, steht in den ertragreicheren Regionen die effizientere Nutzung von Land und Wasser zur Verringerung der Armut und dem Schutz der Biodiversität im Vordergrund. Für die Städte werden die häufig gravierenden Umweltprobleme, wie z.B. die Luftverschmutzung, als Prioritäten genannt. Für alle Regionen ist ein besserer **Interessenausgleich** zwischen den ärmeren und reicheren Gruppen der Gesellschaft und die Sicherstellung eines besseren **Zugangs der Armen** zu Bildung, Landbesitz und politischer Partizipation notwendig. Viele Probleme lassen sich auf lokaler Ebene lösen und sollten dementsprechend auch von lokalen Institutionen aufgegriffen werden, während für andere Ebenen globale Ansätze notwendig sind.

Die Minderung von Armut und Ungleichheit wird nicht nur als moralischer Imperativ angesehen, sondern auch als notwendige Voraussetzung für die Lösung zahlreicher **globaler Probleme** (wie z.B. internationaler Terrorismus, Umweltzerstörung). Eine weitgehende Beseitigung der Armut bis zur Mitte dieses Jahrhunderts wird als ambitiös, aber möglich eingeschätzt. Hierfür sind effiziente staatliche und gesellschaftliche Institutionen notwendig, die nicht einseitig zugunsten der besser gestellten Schichten der Gesellschaft handeln, sondern die in transparenter und nachvollziehbarer Weise für eine Verbesserung des Lebensstandards ärmere Bevölkerungsschichten und für einen Schutz der Ökosysteme sorgen.

Im Vergleich zu früheren Berichten zum Thema Nachhaltigkeit (insbesondere dem WDR 1992) wird von der Weltbank kritisch festgestellt, dass damals die Notwendigkeit der Stärkung von Institutionen unterschätzt wurde. Aufgrund der Tatsache, dass jede Umverteilung von Kosten und Nutzen soziale Widerstände mit sich bringen kann, gelingt es schwächeren Institutionen selbst dann häufig nicht, erforderliche Veränderungen herbeizuführen, wenn dadurch sogenannte „win-win Situationen“ erzielt werden könnten.

2.4.7 Das Staudammprojekt in Uganda

Nicht unumstritten und von internen und öffentlichen Diskussionen begleitet war und ist das IFC-Vorhaben, den Bau eines Staudamms durch das US-amerikanische Energieunternehmen Applied Energy Systems (AES) in Uganda zu unterstützen. Bei diesem Staudammvorhaben handelt es sich um eine der größten jemals in Uganda getätigten Investitionen. Von dem Vorhaben werden entscheidende Auswirkungen auf die Verbesserung der Energieversorgung (nur 3% der Gesamtbevölkerung Ugandas sind mit elektrischem Strom versorgt) und Versorgungssicherheit sowie weitere Impulse für die Restrukturierung des Energiesektors und die wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt erwartet. Die **mangelhafte Energieversorgung** stellt in Uganda ein **bedeutendes Hemmnis** für die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft und des verarbeitenden Gewerbes dar. Der durch das Land eingeschlagene und sich bereits in einer spürbaren Reduzierung der Armut äußernde Entwicklungsweg wird auch trotz der Teilentschuldung im Rahmen des HIPC-Prozesses langfristig finanziell nicht nachhaltig sein, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftsleistung deutlich zu erhöhen. Für die hierzu erforderliche Stärkung auch des Unternehmenssektors ist eine essentielle Verbesserung der entsprechenden Infrastruktur erforderlich. Eine verlässliche und tragfähige Energieversorgung ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.

Der Exekutivrat hat das Vorhaben im Dezember 2001 auch mit unserer Stimme nach Abschätzung der Risiken und Chancen befürwortet. Mehrere bilaterale Gespräche mit dem Management erbrachten, dass wirtschaftliche Tragfähigkeit gegeben, Umsiedlungsschädigungen von 104 Familien zufriedenstellend gelöst, inhaltliche Anpassungen in und nach der Implementierungsphase gegeben und **Kompatibilität** mit den Empfehlungen der „**World Commission on Dams**“ (WCD) gewährleistet sind. Konsens im Exekutivrat bestand darin, dass die Richtlinien der Weltbank **eingehalten** wurden.

Das **Inspection Panel (IP)** der Weltbank, zuständig für Prüfungen, ob die Richtlinien der Weltbank bei der Durchführung von Projekten eingehalten worden sind, hat im ersten Halbjahr 2002 einen Prüfauftrag durchgeführt. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass einerseits **Defizite** bestünden, die ausserhalb des Gegenstandsbereichs der Weltbank fielen, andererseits aber eine Reihe von zusätzlichen **Korrekturen** im Umsetzungsverfahren **erforderlich** seien – mit Ergebnissen, die u.a. auch Forderungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) entsprechen. So wird z.B. die Erkundung und Anwendung von Erdwärmenutzung weiter betrieben (u.a. ein „Strategic/Sectoral Environmental Assessment“ im Rahmen der Nile Basin Initiative), so wie auch die Nachfrageentwicklung nach Elektrizität im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung weiter sorgfältig verfolgt wird.

Die wesentlichen Kritikpunkte der NRO liegen darin, dass (1) die zu optimistische Berechnungen über Faktoren wie Wirtschaftswachstum und -investitionen, Netzausbau und Anzahl der Strombezieher fragil seien und dadurch die Bevölkerung letztlich zwar die Kosten trage, aber nur geringen Nutzen habe, (2) das Land in eine neue Schuldenfalle laufe, wenn die Annahmen nicht einträfen, (3) eine umfassende Prüfung von anderen Energieoptionen (z.B. Erdwärmenutzung) nicht stattgefunden habe und (4) ökologische Folgen aus dem Bauprojekt resultierten, die mit wirtschaftlicher Nachhaltigkeit nicht verträglich seien.

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors hat sich mehrmals mit NRO aus Uganda und anderen internationalen NRO getroffen und die Probleme diskutiert. Als dem Exekutivrat im Juni 2002 eine MIGA-Export-Garantie durch das Management vorgelegt wurde, legte **das Büro des deutschen Exekutivdirektors erfolgreich Veto** ein mit der Begründung, dass erst die Ergebnisse des IP diskutiert werden sollten. Parallel dazu traten neue Korruptionsvorwürfe aus Uganda im Zusammenhang mit den Entwicklungsarbeiten auf, die das Management dazu veranlassten, bis auf Weiteres keine Implementierungsschritte vorzunehmen (Stand: September 2002).

2.4.8 Argentinien: Vom Musterschüler zum Krisenfall

Der drittgrößte Staat Lateinamerikas galt über Jahre als beliebtes Vorzeigemodell des Internationalen Währungsfonds (IWF). Seit Beginn der 80er Jahre hatte die argentinische Regierung staatliche Unternehmen privatisiert, die Märkte geöffnet, zumindest ansatzweise ihren Haushalt saniert sowie die Hyperinflation durch die Anbindung des Peso an den Dollar beseitigt. Ein Zusammenwirken von negativen außenwirtschaftlichen Schocks gekoppelt mit Reformversäumnissen der Regierung in den Boom-Zeiten – insbesondere Eindämmung der übermäßigen Ausweitung der Staatsausgaben sowie Modernisierung des Staats- und Sozialwesens – führten Argentinien ab 1998 tiefer in die Rezession, ab Anfang 2001 in eine schwere **wirtschaftliche und politische Krise**. Der IWF suchte mit einer Finanzhilfe Anfang 2001 über 14 Mrd. US \$ vergebens das Vertrauen in die Märkte des mit mehr als 50 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) verschuldeten Landes (Schuldenlast rund 132 Mrd. US\$), zurückzugewinnen. Die Regierungs- und Wirtschaftskrise erreichte Ende 2001 mit der Nicht-Freigabe einer weiteren IWF Kredittranche, dem durch Bevölkerungsproteste erzwungenen Rücktritt der Regierung de la Rúa im Dezember 2001 und der Erklärung der **Zahlungsunfähigkeit** gegenüber privaten Gläubigern ihren vorläufigen Höhepunkt.

Präsident Wolfensohn bezeichnete die Krise in Argentinien als die größte, mit der die Weltbank in den vergangenen sechseinhalb Jahren umzugehen hatte. Das ausgezahlte Kreditportfolio der IBRD belief sich Ende Dezember 2001 auf 9,7 Mrd. US\$, das Portfolio des IFC auf 1,1 Mrd. US \$ (und stellte damit das größte Länderportfolio des IFC dar). Das Portfolio der MIGA belief sich auf 672 Mio. US \$ (es war damit das zweitgrößte Länderportfolio der MIGA).

Argentinien ist seinen **Zahlungsverpflichtungen** gegenüber der Weltbank regelmäßig **nachgekommen**. So konnte die Weltbank ihr geplantes Länderprogramm weiterführen und musste für kein Projekt ihre Auszahlungen einstellen. Allerdings hat die Regierung in einigen Fällen die „30 Tage Schonfrist“ nach Ablauf des eigentlichen Zahlungstermins in Anspruch genommen. Im Falle der in Schwebelage befindlichen Tranchenauszahlungen der 4 Strukturanpassungsdarlehen in Umsetzung wurden die notwendigen (inhaltlichen) Konditionen durch den Kreditnehmer nicht erfüllt. Selbst wenn nun ein IWF-Rahmenabkommen bestünde, könnten diese Tranchen erst nach Erfüllung der Auflagen ausgezahlt werden.

Im März 2002 genehmigte die Weltbank **100 Mio. US\$** für ein **Nothilfeprogramm** in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und soziale Entwicklung. Es handelte sich hier um keine neuen Finanzmittel, die Gelder wurden aus dem für Argentinien noch vorhandenen Weltbankportfolio umprogrammiert. Vorbedingung für eine Aufstockung

der Finanzhilfen seitens der Finanzinstitutionen ist eine substantielle Einigung Argentiniens mit dem IWF über ein makroökonomisches Rahmenabkommen. Basierend auf dieser Entscheidung unternahm die Weltbank seit August 2001 keine neuen Programmzusagen. Jedoch wird bereits mit der Regierung und den Provinzen über die möglichen Interventionsbereiche diskutiert und Strategien für die Sektoren erarbeitet, in denen die Weltbank die künftigen Reformanstrengungen der Regierung unterstützen könnte und die nach einer erfolgreich vereinbarten Grundlage zwischen dem IWF und der argentinischen Regierung wirksam werden.

2.4.9 Die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank

Zur Vermeidung von schädlichen Auswirkungen der WB-Maßnahmen auf betroffene Bevölkerungsgruppen und auf die Umwelt bzw. zur Sicherstellung angemessener Ausgleichsmaßnahmen hat die Bank **international anerkannte hohe Standards** (Safeguards) entwickelt. Die Umsetzung und Einhaltung dieser Umwelt- und Sozialstandards muss gewährleistet sein, und die Standards selbst sollten im Lichte der gewonnenen Erfahrungen und neuer Erkenntnisse weiterentwickelt werden. Es ist jedoch wenig sinnvoll, wenn in den Empfängerländern durch einzelne Projekte Inseln hoher Qualität geschaffen werden, aber die Politik der Länder insgesamt davon weitgehend unbeeinflusst bleibt. Die erforderliche Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit wird dadurch nicht erreicht.

Das **BMZ** ist deshalb der **Auffassung**, dass es immer wichtiger wird – namentlich in den Ländern mit mittlerem Einkommen – gute Umwelt- und Sozialstandards als Teil der Politik der Länder selbst zu verankern und dafür angemessene Hilfestellung durch Beratung, Institutionenaufbau, Ausbildung und Politikdialog zu geben.

Sozialpolitik sollte von der Weltbank verstärkt als umfassendes Konzept der privaten und kollektiven Risikovorsorge verstanden und unterstützt werden. Neben den klassischen sozialpolitischen Bereichen (freiwillige oder mandatorische Versicherungen gegen Lebensrisiken, Unterstützung der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft) schließt dies auch die angemessene Reaktion auf externe wirtschaftliche Schocks (z.B. Preisverfall auf internationalen Märkten) und eine stabile makroökonomische Politik (Niedrige Inflation) ein.

Umweltfragen müssen als wesentlicher Aspekt nachhaltiger Entwicklung in allen Bereichen der Weltbanktätigkeit als Querschnittsaufgabe besser verankert werden. Die 2001 verabschiedete neue Umweltstrategie der Weltbank bietet dafür eine gute Grundlage, sie muss aber in der konkreten Arbeit auch ihren Niederschlag finden. Evaluierungen haben gezeigt, dass hier noch ein Nachholbedarf besteht. Das BMZ wird daher insbesondere bei der Behandlung von Länderstrategien der Weltbank verstärkt darauf hinwirken, dass Umweltaspekten ausreichend Rechnung getragen wird.

2.4.10 Die Kernarbeitsnormen

Wenn Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bei den Armutsbekämpfungsstrategien der Weltbank eine wichtige Rolle spielen, kann die Debatte und die Frage nach Implementierungsmöglichkeiten in der Weltbankpolitik um die Kernarbeitsnormen (KAN) nicht außer Acht bleiben. Weder hat sich der Exekutivrat bisher mit dem Thema befasst, noch ist damit zu rechnen, dass hier kurzfristig ein Konsens hergestellt werden kann.

Zwar vertritt die Weltbank eindeutig **unterstützende Positionen** zu den Normbereichen Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung bei der Arbeit, doch bei der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit und Freiheit von Tarifverhandlungen sind die Verbindungen zu ökonomischem Wachstum scheinbar nicht nachweisbar (dies wäre die formale Grundlage, damit die Weltbank auch diese Normen anerkennt).

Die **Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt**, die allgemeinen Ziele der ILO-Deklaration von 1998 über **Kernarbeitsnormen auch in der Weltbank zu fördern**. Dabei geht es um (1) Stärkung des Politikdialogs der Weltbank mit den Partnerländern, (2) Berücksichtigung der Fragen des Arbeitsmarktes und der KAN in den Armutsbekämpfungs- und Länderstrategien der Weltbank, (3) Förderung eines politischen Konsens unter Mitgliedern der Weltbank, dass die Einhaltung der KAN langfristig die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unterstützt und (4) Entsendung von Fachkräften zur Weltbank, um durch qualifizierte Thematisierung die Sensibilisierung von Weltbankmitarbeiter/innen zu unterstützen.

Um den Politikdialog in der Weltbank und mit Partnerländern auch in diesem Sektor zu fördern und zu stärken, hat das Büro des deutschen Exekutivdirektors gemeinsam mit der Friedrich Ebert Stiftung (FES) New York eine Veranstaltung mit dem „Social Protection“-Department der Weltbank organisiert. Damit konnten Anregungen gegeben werden, den **politischen Dialog in Ländern des südlichen Afrika für deren Gewerkschaften zu öffnen**. Somit könnten Gewerkschaften enger an der PRSP-Diskussion in ihren Ländern beteiligt werden und hätten Einwirkungsmöglichkeiten, das Aspekte der Arbeitsgesetzgebung in der PRSP Berücksichtigung fänden. Eine weitere Veranstaltung soll im Herbst 2002 im südlichen Afrika stattfinden.

2.4.11 Die Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität

Am 7. August 2002 wurden die Verhandlungen über die **dritte Wiederauffüllung** der Globalen Umweltfazilität, (Global Environment Facility, **GEF**) in Washington abgeschlossen. Insgesamt werden für den Zeitraum Juli 2002 bis Juni 2006 **2,92 Mrd. US-\$** für die Förderprogramme der GEF zur Verfügung stehen. Davon sind rund 2,2 Mrd. US-\$ neu zugesagte Mittel.

Die Einigung auf dieses Ergebnis war nur möglich, indem die USA in letzter Minute einlenkten und den ursprünglich angebotenen Beitrag von 430 Mio. US-\$ um 70 Mio. US-\$ erhöhten. Die zusätzlichen 70 Mio. US-\$ werden erst im vierten Jahr des Wiederauffüllungszeitraums und nur bei Erfüllung gewisser Leistungsindikatoren (performance indicators) freigegeben. In den nächsten drei Haushaltsjahren beabsichtigen die USA zusätzlich zu den Neuzusagen für GEF III auch ihre Zahlungsrückstände mit jeweils 70 Mio. US-\$ pro Jahr zu begleichen. Der US-Senat hat den diesbezüglichen Haushaltsvorschlag der Administration für 2003 bereits gebilligt. Die Zustimmung des Kongresses steht allerdings noch aus.

Das Einlenken der USA ist durch Druck aus dem State Department im Hinblick auf den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg entstanden. Die Konditionierung der 70 Mio. US-\$ wurde in informellen Gesprächen vom GEF-Sekretariat als „face saving operation“ für die US-Treasury dargestellt. Gleichwohl führte dieses Vorgehen vor allem auf Seiten der europäischen Geber zu Kritik, denn das US-Vorgehen bedeutet

eine unilaterale Konditionierung im Rahmen eines multilateralen Instrumentes und könnte einen Präzedenzfall darstellen. Die Indikatoren sind aufgrund der Intervention des GEF-Sekretariats im Vorfeld der Sitzung moderat und Teil des ohnehin vereinbarten Finanzierungsprogramms für GEF III. Der von den USA angebotene Betrag von 500 Mio. US-\$ wurde als Ausgangspunkt der Verhandlungen akzeptiert, da er die Möglichkeit einer insgesamt höheren Auffüllung der GEF in Aussicht stellte.

Das **Gesamtergebnis** der Wiederauffüllung ist angesichts der ursprünglichen Haltung der USA zwar respektabel, aber **im Hinblick auf den nachweisbaren Finanzierungsbedarf** - Klimaverhandlungen Bonn, neue Arbeitsbereiche der GEF im Bereich Chemikalien, Desertifikation - und angesichts der Erwartungen der G77 im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung eher **ernüchternd**. Hinzu kommt, dass Japan und vor allem Frankreich ihren traditionellen Finanzierungsanteil abgesenkt haben. Die Entwicklungsländer hatten in den Vorbereitungssitzungen die Bedeutung der GEF-Auffüllung für einen erfolgreichen Weltgipfel herausgestellt und auf ein Aufstockungsvolumen von 3 Mrd. US-\$ gedrängt.

Deutschland – als **drittgrößter Geber** nach USA und Japan – wird sich mit seinem traditionellen Anteil von 11% (GEF I) für die Aufstockung mit insgesamt 297,92 Mio. € beteiligen.

Die bereits in der Mai-Sitzung ausführlich diskutierten Politikempfehlungen konnten nach nur kurzer Diskussion verabschiedet werden. Wesentliche Aspekte sind:

- Die Stärkung von Monitoring und Evaluierung (M&E) in der GEF, u.a. durch eine unabhängige, dem GEF-Rat direkt unterstellte M&E-Einheit. Dieser Vorschlag wurde von Deutschland in den Verhandlungsprozess eingebracht und von USA und Kanada unterstützt.
- Die vorsichtige Öffnung des direkten Zugangs zu GEF-Mitteln für "Executing Agencies", die die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der GEF bereits nachgewiesen haben.
- Eine Stärkung der leistungsorientierten Mittelvergabe und eine Verbesserung des strategischen „business planning“.

Insgesamt konnte durch die Diskussionen der Politikempfehlungen während der letzten Monate erreicht werden, dass die GEF ihre interne Rollenverteilung, d.h. vor allem das Zusammenspiel zwischen GEF-Sekretariat und den Durchführungsorganisationen weiter geklärt hat und u.a. damit die Effizienz der Institution weiter verbessert wurde. In den nächsten Jahren werden vor allem Ergebnisorientierung und Wirkungsanalyse der GEF-Aktivitäten im Vordergrund stehen müssen.

2.4.12 Development Gateway Foundation

Die Development Gateway Foundation (DGF) ist eine gemeinnützige Organisation mit vorläufigem Sitz in Washington, DC. Ihre Ziele sind die Reduzierung von Armut und die

Unterstützung nachhaltiger Entwicklung durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Ihre wichtigsten Aktivitäten sind das **Development Gateway Portal**, ein IKT-Forschungs- und Ausbildungsprogramm, Zuschüsse für Investitionen im IKT-Bereich und ein jährliches „ICT Development Forum“. Weitere Informationen sind im Internet unter <http://www.developmentgateway.org/> abrufbar.

Die konstituierende Sitzung der DGF fand am 4.12.2001 statt. **Gründungsmitglieder** sind neben der Weltbank Australien, **Deutschland**, Indien, Italien, Japan, Republik Korea, Mali und Pakistan. Deutschland als Gründungsmitglied der DGF trägt mit 5,4 Mio € zur Finanzierung der DGF bei. Darüber hinaus haben sich drei privatwirtschaftliche Unternehmen finanziell engagiert.

Die zweite Board-Sitzung der DGF fand am 2.4.2002 statt. Sie diene vor allem der Vorbereitung der Aktivitäten im Finanzjahr 2003. Die erste Sitzung des Executive Committee fand am 16.7.2002 statt. Bei ihr wurden vor allem die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Board der DGF und die Aufnahme neuer Mitglieder (u.a. China, Italien, Luxemburg und Ruanda) besprochen.

2.4.13 Die Wirkungs- und Ergebnismessung von Maßnahmen der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Suche nach einer eindeutigen Bestimmung der Wirkungen und Ergebnisse von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist nahezu so alt wie die EZ selbst. Insbesondere die WB-Analyse von Dollar/Pritchett „Assessing Aid – What Works, What Doesn't, and Why“ von 1998 hat dieses Thema erneut in den Vordergrund der Diskussion gerückt.

Auf der Frühjahrstagung im April 2002 hatten die Gouverneure der WB die zentrale Bedeutung einer stärkeren Fokussierung auf Ergebnisse („results“) im Rahmen der generellen Diskussion zur Effektivität von EZ hervorgehoben. Die verstärkte Ergebnisorientierung soll die **Effektivität** der EZ insgesamt steigern. Auf der Jahrestagung 1999 in Prag haben die Minister den allgemeinen Rahmen zur Unterstützung von Entwicklung festgelegt. Dieser besteht aus den drei Bereichen: a) der Strategie/Vision der Länder, im Wesentlichen ausgedrückt über die PRSPs, b) einer Diagnose der spezifischen Länderbedingungen (das sogenannte „Economic and Sector Work“ der WB sowie andere Analysen) und c) dem Unterstützungsprogramm der WB in Form der „Country Assistance Strategy“ (CAS). Als ergänzender vierter Bereich ist jetzt die stärkere Fokussierung auf Ergebnisse hinzugekommen.

Die WB hat eine neue Einheit unter Leitung der ehemaligen Vizepräsidentin für „Operational Policy and Country Services“ (OPCS) eingerichtet, die direkt dem für das operative Geschäft zuständigen Managing Director unterstellt ist. Diese organisatorische Eingliederung des Themas belegt den hohen Stellenwert, die die WB dem gesamten Bereich Wirkungsmessung beimisst.

Am 05. und 06. Juni 2002 hat die WB eine **internationale Veranstaltung** zum Thema „Better Measuring, Monitoring, and Managing for Development Results“ in Washington durchgeführt, die durch die **multilateralen Entwicklungsbanken** (WB, AfDB, AsDB, EBRD, IDB) und dem **OECD-DAC unterstützt** wurde. Im Rahmen von vier technischen

Workshops¹ war das Ziel, den gegenseitigen internationalen Stand zu diskutieren und sich über "best practices" auszutauschen. Die Veranstaltung vermittelte einen guten Einblick in den derzeitigen Wissens- und Diskussionsstand über ergebnisorientierte Entwicklung („results-based development“) und die damit in Verbindung stehenden Probleme. Aufgrund der Komplexität der Einzelthemen und der Vielzahl der Vorträge konnten die Themen in den beiden Tagen jedoch nur angerissen werden. Die verschiedenen bilateralen und multilateralen Geber bestätigten, EZ-Inputs künftig stärker in den Kontext anzustrebender Ergebnisse zu stellen. Zur Fokussierung von ergebnisorientierten Ansätzen auf Armutsreduzierung wurden die MDGs als geeignete Zielgröße bestätigt.

Die Durchführung dieser Veranstaltung sowie die aktuelle Behandlung von Indikatoren zur „output/outcome-Messung“ bei anderen bilateralen und multilateralen Gebern unterstreichen die Bedeutung des Themas für die internationalen EZ-Diskussionen. Dementsprechend wird das **Thema** auf der Agenda des **Development Committee**s anlässlich der diesjährigen Jahrestagung stehen.

3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Im GJ 2002 sind **Liefer- und Leistungsaufträge** aus IBRD- und IDA-Krediten für insgesamt US \$ 880 Mio. nach Deutschland geflossen. Dies entspricht einem **Anteil von rd. 9,4% an den Auszahlungen der WB in Fremdwährung** und einem Anteil von rd. 4,9% an den Gesamtauszahlungen im abgelaufenen Fiskaljahr². Gemessen am deutschen Kapitalanteil an der WB (rd. 4,49%) ist diese Bilanz positiv und bedeutet sowohl absolut als auch relativ eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (US \$ 688, Anteil 8,5%).

Überaus erfreulich ist die Entwicklung im Bereich der **Consultingleistungen**. Während dieser Anteil traditionell eher niedrig liegt (GJ01: 6,67%, GJ 00: 4,36%, GJ 99: 3,75%), konnte der **Anteil deutscher Consultingunternehmen** in diesem GJ auf **8,7%** gesteigert werden. Diese sehr positive Entwicklung hält nunmehr seit mehreren Jahren an und fällt zusammen mit der Einführung des ersten deutschen Consultant Trust Funds. Es ist zu vermuten, dass der Trust Fund nicht nur durch die Bereitstellung von Finanzierungen Unternehmen zu weiteren Aufträgen bei der WB verhilft, sondern darüber hinaus viele Unternehmen zur Kontaktaufnahme und -pflege mit der WB motiviert.

Bei weiterer Differenzierung ergibt sich folgendes Bild: Der **deutsche Anteil an den Auszahlungen in Fremdwährung bei IBRD Darlehen** stieg von 11,97% (GJ 01) auf 19,08% und **bei IDA-Kredit** von 3,59% (GJ 01) auf 5,66%. Abgenommen hat dagegen der **deutsche Anteil bei Strukturanpassungsdarlehen**, der von 8,52% auf 7,5% fiel. Allerdings ist zu beachten, dass dieser Wert lediglich auf der Basis von

¹ zu (1) Bewertungssystemen zur Länderperformance („country performance rating systems“), (2) ergebnisorientiertem Management („results-based management“), (3) Kapazitätsbildung im Bereich Statistik („statistical capacity building“) und (4) Ausweitung von Evaluierungen über die Projektebene hinaus

² Die Gesamtauszahlungen setzen sich zusammen aus den Auszahlungen in Fremdwährung, den Auszahlungen in der Währung des Partnerlandes sowie aus Zahlungen für HIPIC und IDA-Zuschüsse.

Außenhandelsstatistiken geschätzt wird und nicht konkrete Geschäftsabschlüsse wiedergibt. Bei Betrachtung längerer Zahlenreihen liegen die Daten jedoch im Mittel der letzten fünf Jahre, weshalb sich keine weitergehenden Trends ableiten lassen.

Die Konkurrenz um Aufträge der WB ist sehr groß und ermöglicht vielen Unternehmen den Einstieg in ansonsten stark risikobehafteten Ländern und Sektoren. Durch eine sorgfältige Projektvorbereitung und Prüfung seitens der WB werden diese Risiken gemindert und die Durchführbarkeit und eine ordnungsgemäße Projektabwicklung in hohem Maße garantiert. Die Ausschreibungsunterlagen werden geprüft und die Angebotsauswertung erfolgt nach genau festgelegten Kriterien. Diese begleitende Unterstützung führt dazu, dass weltbankfinanzierte Aufträge aus einem Entwicklungsland für ein privates Unternehmen eher zu einem Geschäft und nicht zu einem Abenteuer werden. Die Attraktivität von Weltbankaufträgen für deutsche Unternehmen ist daher verständlich. Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich deshalb auch als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**. (Ein Informationsblatt mit Hinweisen zur Kontaktaufnahme mit der Weltbank kann im Büro des Deutschen Exekutivdirektors angefordert werden.)

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres sind in diesem Zusammenhang folgende Initiativen und Institutionen hervorzuheben:

- Der **deutsche Consultant Trust Fund** erfreut sich weiterhin regen Zuspruchs und das Interesse auf beiden Seiten (WB und Unternehmen) übersteigt die verfügbaren Mittel. Die in der ersten Phase für die Geschäftsjahre 2000 und 2001 zur Verfügung gestellten € 2 Mio sind nahezu vollständig belegt und weitgehend ausgezahlt. Mit Hilfe des Trust Funds wurde überwiegend kleineren und mittleren Unternehmen der Einstieg in das Geschäft mit der WB erleichtert und der WB wurden Mittel zur Durchführung umweltrelevanter Gutachten sowie zur Vorbereitung von Vorhaben aus dem Umweltbereich bereitgestellt. Aufgrund der insgesamt guten Erfahrungen mit dem Instrument hat sich die Bundesregierung entschieden, auch für die kommenden zwei Fiskaljahre insgesamt € 2 Mio zur Verfügung zu stellen.
- Zu Beginn des Fiskaljahres unterzeichneten das **Land Bayern** und die International Finance Cooperation (IFC) ein Abkommen über die Einrichtung eines **Consultant Trust Funds** der mit insgesamt **€ 2,5 Mio.** ausgestattet wurde. Die IFC ist eine Tochter der WB, die - ähnlich der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) - private Unternehmen bei der Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländer unterstützt (siehe auch Anhang). Die Mittel stammen aus der Hochtechnologieinitiative des Landes und sollen bayerischen Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der IFC erleichtern. Das maximale Auftragsvolumen beträgt US \$ 100.000; die Auftragsvergabe wird in Abstimmung zwischen der IFC und dem Bayerischen Wirtschaftsministerium bzw. dem Verbindungsbüro in Washington erteilt.
- Im Mai wurde das **Verbindungsbüro der bayerischen Wirtschaft in Washington** durch den bayerischen Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser feierlich eröffnet. Das Büro dient als Anlaufstelle für bayerische Unternehmen und soll die Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe intensivieren. Das Büro wird von Herrn Peter Salminger geleitet, die Kontaktanschrift lautet: State of Bavaria Liaison Office, 1627 I-Street, NW, Suite 550, Washington DC, 20006, USA, Tel.: +1-202-659-6823, Fax: +1-202-659-4779, Email: psalminger@bavariaindc.org.

- Anfang des Jahres hospitierte Herr Wilfried Maus von der **Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai)** für fünf Wochen in der Beschaffungsabteilung der Weltbank. Die Hospitanz hatte zum Ziel, die Assistenz und Beratung deutscher KMU bei der Anbahnung und Akquisition von Geschäften mit der Weltbank weiter zu qualifizieren und das bestehende Beratungsangebot der bfai um praktische Erfahrungen und Akquisitions-Know-how zu erweitern. Gleichzeitig ist beabsichtigt, das Dienstleistungsangebot des Weltbankbüros in Frankfurt zu ergänzen (siehe unten). Ein weiterer Einsatz ist im kommenden Fiskaljahr vorgesehen. Herr Maus ist bei der bfai zu erreichen unter: Tel.: 0221-2057-339, Fax: 0221-2057-212, Email: maus@bfai.com.
- Die Bedeutung des **Business Partnership Centers** als zentrale Anlaufstelle für private Unternehmen zur Geschäftsanbahnung und bei der Kontaktaufnahme mit der Weltbankgruppe wird durch die Verabschiedung der Weltbankstrategie für den Privatsektor weiter steigen. Es stellt umfangreiche Informationen zu den Aufgaben und Instrumenten der gesamten Weltbankgruppe zur Verfügung, berät Unternehmen, vermittelt Kontakte in die WB und organisiert Seminare zum Ausschreibungsverfahren und Beschaffungswesen. (Business Partnership Center, 1818 H-Street N.W., Washington DC 20433, Tel.: 202-522-4272, Fax: 202-522-1727, Email: business_partner@worldbank.org, Internet: <http://www.worldbank.org/business/>).
- Nach langer Diskussion wurde die **Weltbankstrategie für den Privatsektor** im Direktorium verabschiedet. Die Strategie baut in ihrem Kern auf das sogenannte „Output-Based-Aid“-Konzept (OBA), welches im wesentlichen zum Ziel hat, die Leistungserstellung in Weltbankprojekten stärker als bisher auf private Unternehmen zu übertragen. Dabei sollen Ergebnisse (= Outputs) ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken im Gegensatz zum traditionellen Projektkonzept, welches im wesentlichen auf die Definition von Inputfaktoren abstellt. Die Strategie wird zunächst im Rahmen einer Pilotphase getestet. Für interessierte Lieferfirmen könnte die Strategie zur Konsequenz haben, dass zukünftig im Rahmen von Vorhaben der Weltbank immer weniger einzelne Geräte und Komponenten, sondern vielmehr konkrete Ergebnisse wie die Abgabe bestimmter Güter (z.B. Wasser und Energie, Bildung und Gesundheit) an klar definierte Nutzergruppen Hauptgegenstand von Ausschreibungsspezifikationen sein werden.
- Das **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland** erfreut sich ebenfalls starken Zuspruchs. Es hat seinen Standort in Frankfurt/Main und fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Oltmann Siemens geleitet, die Kontaktanschrift lautet: Bockenheimer Landstrasse 109, 60325 Frankfurt/Main, Tel.: 069-743-48230, Fax: 069-743-48239, Email: osiemens@ifc.org.

4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahres 2002 wurden in der **Weltbankgruppe 10.745 Mitarbeiter**³ (Zentrale 7.994 und vor Ort 2.751) gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Gesamtzahl der Mitarbeiter in der Weltbankgruppe von 10.614 um 131 wieder leicht erhöht (+ 1,3%). 2000 waren es noch 11.103 Mitarbeiter. Die Zahl der Short-Term-Consultants stieg im GJ 2002 deutlich an auf 7452 (2000: 6.701; 2001: 6.426).

Seit der Personalreform 1999 unterscheidet die WB **zwischen internationalen⁴ und nationalen⁵ Mitarbeitern**. In der Zentrale wurden zum Ende des Geschäftsjahres 2002 4.333 internationale Mitarbeiter gezählt (davon 549 zeitweise vor Ort versetzt). Die Daten bestätigen einen weiteren, wenn auch leichten **Personalarückgang** bei den internationalen Mitarbeitern, der im GJ 2001 erstmals nach Jahren steigender Mitarbeiterzahlen begann. Dies ist weiterhin auf den einschneidenden Stellenabbau zurückzuführen, den die Bank im Rahmen der Budgetkonsolidierung 2001 durchführte.

Wenn man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes ansieht, dominieren die US-Amerikaner weiterhin in der WB mit 26,6% im Geschäftsjahr 2002 (26,1% 2001), obwohl die USA nur einen IBRD-Kapitalanteil von 16,86% haben. Dies ist zwar ein fragwürdiger Indikator, doch der IBRD-Kapitalanteil wird meist als Orientierungsgröße für den jeweiligen nationalen Personalanteil herangezogen.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite, im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren im Board und im Personalausschuss, immer wieder eine größere Diversifizierung der Weltbankgruppe gefordert. Unter Diversifizierung ist dabei nicht nur der ausgeglichene Nationalitätenmix gemeint. Es umfasst v.a. auch die Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen) und den Einsatz vielfältiger Berufsprofile, um den steigenden Anforderungen gewachsen zu sein; es beinhaltet aber auch Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium eng überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge. Dies liegt auch an der völligen Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die es der Personalabteilung schwer machen, übergreifende Anforderungsprofile durchzusetzen. Mit der Einrichtung einer Direktorenstelle für „Diversity“ sowie von der Personalabteilung vergebener Überbrückungsfinanzierungen (und damit erzielter Mitspracherechte über Bewerberauswahl) soll dem entgegengewirkt werden.

Was den **Frauenanteil** an den Mitarbeitern angeht, so ist ein stetiger, wenn auch verhaltener, positiver Trend zu verzeichnen: gerechnet am Gesamtpersonal stieg die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter geringfügig von 32,5% (GJ 2001) auf 33,6% (GJ

³ Hierzu zählen reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (Short-Term-Consultant).

⁴ Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen für bspw. Umzug und Neuansiedlung.

⁵ Nationale Mitarbeiter sind in der Zentrale i.d.R. „support staff“ bis Grad D/E; vor Ort stellen sie gut 80% der Mitarbeiter.

2002); hieran liegt der **deutsche Frauenanteil bei 2,3%**, hielt sich somit relativ **stabil**, nachdem er vom GJ 2000 auf GJ 2001 einen deutlichen Sprung von 1,9% auf 2,5% erfahren hatte.

Tabelle internationaler Mitarbeiter in der Weltbankgruppe nach ausgewählten Nationalitäten

	Internationale Mitarbeiter			Personalanteil in %		
	2001	2002	Veränderung	2001	2002	IBRD-
	gegenüber			Stimmrechts		
	Vorjahr			anteil		
Gesamt	4352	4333	- 0,4%	100,0	100,0	100,00
USA	1136	1152	+ 1,4%	26,1	26,6	16,40
Japan	115	109	- 5 %	2,6	2,5	7,87
Deutschland	131	124	- 5 %	3,0	2,9	4,49
UK	279	266	- 4,5 %	6,4	6,1	4,31
Frankreich	222	210	- 5,2 %	5,1	4,8	4,31
Kanada	194	187	- 3,3%	4,5	4,3	2,79
Italien	78	83	+ 7 %	1,8	1,9	2,79

Im Geschäftsjahr 2002 haben 322 internationale Mitarbeiter die WB verlassen, darunter 19 Deutsche.

Die Zahl der **Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt sind, hat sich im Geschäftsjahr 2002 von 131 auf 124 Mitarbeiter verringert und liegt – wie im GJ 2000 – wieder bei **2,9%**. Dieser leichte Rückgang an deutschen Mitarbeitern ist u.a. auf den eingangs erwähnten starken Stellenabbau bei den internationalen Mitarbeitern zurückzuführen, der sich in diesem Jahr auch bei der Gruppe der Deutschen Mitarbeiter ausgewirkt hat.

Den Zahlen der internationalen Mitarbeitern müssen 30 nationale Mitarbeiter hinzugezählt werden, davon 13 in der Stufe E (ehemals unterste Stufe für ‚professional‘) und 3 in den Stufen GF-GK. Somit arbeiten insgesamt 154 Deutsche in der Weltbankgruppe.

Unser Ziel für die nächsten Jahre wird es bleiben, auch mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten) den deutschen Personalanteil in der WB prozentual wie auch in absoluten Zahlen zu steigern.

Peter Woicke ist als einer der 5 geschäftsführenden Direktoren (Managing Director) der ranghöchste Deutsche im Management der WB. Ein weiterer Deutscher in **Spitzenfunktion** in der WB ist Johannes Linn, Vizepräsident, zuständig für Mittel- und Osteuropa sowie die Staaten der früheren Sowjetunion. Im mittleren und höheren Management (Grad H und höher) ist Deutschland unverändert zum Vorjahr mit 45 Mitarbeitern oder 3,1% vertreten.

Kaum von Bedeutung ist der Anteil **deutscher Short-Term Consultants** (Geschäftsjahr 2002: 146 von 7.452, entspricht 1,97%) in der Zentrale, also der temporär, meist als ‚professionals‘ Beschäftigten. Die Überrepräsentanz der USA ist hier auch aufgrund des ‚Heimvorteils‘ noch größer als bei den regulären Bediensteten.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind die **Nachwuchs- und Personalprogramme**. Die Teilnahme am höchst kompetitiven **Young Professional Program** (YPP) der WB ist meist der erste Schritt zu einer Bankkarriere. Von den im GJ 2002 ausgewählten 34 YPs, haben sich 5 Deutsche in der Endrunde qualifizieren können. Das entspricht einem Anteil von 14% und ist ein höchst erfreuliches Ergebnis. Für das Programm 2001 hatten sich 7 Deutsche (entspricht knapp 5% des ganzen Pools) für die letzte Runde qualifiziert, von denen einer (von insgesamt 17 Gesamteinstellungen) übernommen wurde.

Die mit der WB vereinbarten Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils erfreuen sich weiterhin lebhafter Nachfrage:

- **Beigeordnete Sachverständige oder ‚Junior Professional Program (JPO)‘:** Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 auf die WB ausgedehnt worden. Junge Berufstätige bis zu 32 Jahren werden für normalerweise zwei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der WB eingesetzt. Das ‚Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO)‘ in Bonn ist auf der deutschen Seite für die technische Betreuung des Programms zuständig; für die erste Kandidatenauswahl ist ein Personalgremium bestehend aus BFIO, BMZ und DIE zuständig. Die WB identifiziert die Stellen und wählt die Kandidaten endgültig aus. Im Jahre 2001 wurde im Auftrag des BMZ erstmals eine Evaluierung des gesamten Programms Beigeordneter Sachverständige durch einen Gutachter des DIE durchgeführt. Grundsätzlich bewerten die Ressorts und die Teilnehmer das Programm positiv, allerdings wird Raum für Verbesserungen benannt, insbesondere in der politisch-strategischen Auswahl der Positionen und der Schwerpunktbildung bei der Platzierung der JPO sowie der Verbesserung in der Betreuungstruktur vor, während und nach des Einsatzes.
- **Nationales Expertenprogramm:** Bis zum Ende des Geschäftsjahrs 2000 haben zwei Nationale Experten (BMF, BMBF) in der WB gearbeitet. Einer hat seitdem einen regulären Weltbankvertrag erhalten, der andere ist zur Europäischen Kommission gewechselt. Das BMZ sah sich lange Zeit aus Haushaltsgründen nicht in der Lage, Mittel für eine Nationale Experten-Stelle bereitzustellen. Dies hatte sich im Nachgang des 11. September mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln geändert. Derzeit wird über die Entsendung eines Mitarbeiters verhandelt. Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte Programm wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute erweitert. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die WB übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere

Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Im GJ 2002 waren drei Mitarbeiter der KfW sowie ein Mitarbeiter des DED zur Weltbank entsandt.

Austauschprogramm mit der Wirtschaft und Internationalen Institutionen: Es beteiligten sich vier deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, GTZ, Bayerisches Wirtschaftsministerium) an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm. Im GJ 2002 waren insgesamt acht Mitarbeiter von diesen Unternehmen/Institutionen in die WB sowie zwei Weltbankmitarbeiter in deutsche Firmen entsandt (Siemens, SAP)

Das **Junior Professional Associates Program (JPA)** der WB ist ein Ende des Geschäftsjahres 2001 initiiertes neues Förderungsprogramm der Bank. Es wendet sich an Studienabgänger, die nicht älter als 28 Jahre sind und mindestens das Äquivalent eines „bachelor degrees“ besitzen bei gleichzeitigem Vorweis relevanter praktischer Erfahrungen. Die Anstellung ist auf zwei Jahre befristet mit der Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im GJ 2002, dem Startjahr des Programms, wurden von 60 JPAs ein(e) Deutsche(r) eingestellt.

5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe

5.1 IBRD und IDA (vgl. auch Anlage 1)

Im GJ 02 billigte das Exekutivdirektorium insgesamt 229 IBRD/IDA-Projekte (225 im GJ 01) mit einem **Zusagevolumen** von rund US\$ 19,5 Mrd. (17,3 Mrd. im GJ 01). Davon entfielen 96 Projekte mit Darlehenszusagen von US\$ 11,4 Mrd. auf die IBRD (verglichen mit US\$ 10,5 Mrd. und 91 Operationen im GJ 01). Dies ist ein um rund 9% höheres Ergebnis als im letzten Jahr. 133 Projekte (GJ 01: 134) mit einem Kreditzusagevolumen von rund US\$ 8,1 Mrd. (GJ 01: US\$ 6,8 Mrd.) entfielen auf IDA, ein um 19% höheres Ergebnis als im Vorjahr. Damit ist das diesjährige Gesamtergebnis von IBRD und IDA um rund US\$ 2,2 Mrd. höher als im Vorjahr. Der Anteil von IDA an den gesamten Darlehenszusagen beträgt 41,5%. 58% der neuen Projekte wurden über IDA finanziert.

Die **Auszahlungen** betragen bei der IBRD US\$ 11,26 Mrd., rund 5% weniger als im Vorjahr. Bei IDA wurden US\$ 6,6 Mrd. ausbezahlt, was einer Steigerung von über 20% entspricht.

Die Kreditvergabe an die Türkei mit US\$ 3,6 Mrd. war die höchste an ein einzelnes Land durch die IBRD im GJ 02. US\$ 3,8 Mrd. an IDA-Darlehenszusagen gingen an Afrika, was einen neuen Höhepunkt an jährlichen Zusagen bei IDA beschrieb. Damit gingen 47% der IDA-Darlehenszusagen im GJ 02 an Afrika.

Für die IBRD waren der Finanz- und Recht/öffentliche Verwaltungsbereich die am stärksten vertretenden Bereiche, wohingegen bei IDA die beiden Sektoren Energie und Infrastruktur zusammen 40% der Mittel absorbierten. In die sozialen Sektoren Erziehung, Gesundheit und andere soziale Dienstleistungen gingen 21% im GJ 02, was den Ausgaben im GJ 00 und GJ 01 entspricht.

Zusätzlich zu den regulären Operationen hat die Bank noch 26 weitere Vorhaben, wie z.B. die Global Environment Facility (GEF) sowie spezielle Finanzierungen und

Garantien mit US\$ 535 Mio. unterstützt (im Jahr zuvor waren es 33 Operationen in Höhe von US\$ 800 Mio.).

Im Bereich "Economic and Sector Work" (ESW) sind im GJ 02 453 Produkte erstellt worden, gegenüber 335 im Vorjahr, was einem beachtlichen Anstieg um 35% entspricht. ESW war stark fokussiert im letzten Jahr auf den Bereich öffentliche Administration, unter Einbezug der Themen Management des öffentlichen Ausgabewesens, Budget- und Finanzmanagement. 40% aller ESW-Produkte wurden für diesen Bereich erstellt. Jeweils 10% der Produkte gingen in die Sektoren Erziehung und Finanzen.

Die **IBRD** erwirtschaftete im GJ 02 einen **Gewinn** von US\$ 1,924 Mrd. Dieser liegt damit um rund 29% über dem des Vorjahres und erreicht somit wieder das Niveau des GJ 00. Im GJ 01 war der Gewinn um 25% gegenüber GJ 00 gefallen, bedingt durch höhere Einstellungen in die Reservenbildung für zu erwartende Verluste durch erhöhte Risiken in einigen großen Ländern. Die Verwendung des verteilbaren Gewinns für das GJ 02 in Höhe von US\$ 1,831 Mrd. (über 63% höher als im Vorjahr) wurde folgendermaßen beschlossen: US\$ 1,291 Mrd. Einstellung in die allgemeinen Reserven, US\$ 300 Mio. für IDA und US\$ 240 Mio. für den HIPC-Treuhandfonds.

Die **Zahl der Mitglieder bei der IBRD** ist im GJ 02 auf **184** gestiegen und **bei IDA auf 163**. Neu hinzugekommen ist bei beiden Institutionen das Land Ost-Timor.

5.2 IFC

Im GJ 2002 verringerte sich die Anzahl der vom Exekutivdirektorium genehmigten Projekte leicht von 240 auf 223 Vorhaben, während das Finanzierungsvolumen der IFC von US \$ 3,74 Mrd. auf rd. US \$ 4 Mrd. stieg. Insgesamt wurden 204 Vertragsabschlüsse getätigt, von denen 71% Darlehen, 23% Eigenkapitalbeteiligungen, 5% Garantien und 1% Risk Management Produkte waren.

In der **regionalen Verteilung** ergaben sich einige Veränderungen. Die größten Erhöhungen ergaben sich in Europa und Zentralasien (28% gegenüber 19% im Vorjahr) sowie in Lateinamerika (36% gegenüber 28% im Vorjahr). Demgegenüber gingen die Zusagen in Asien auf 20% (Vorjahr 33%) und in Nordafrika/Naher Osten auf 4% (Vorjahr 9%) zurück. Der Anteil Subsahara Afrikas blieb mit 10% nahezu auf Vorjahresniveau.

Sektoral bildet auch im GJ 2002 der Finanzsektor den **Investitionsschwerpunkt** der IFC. Mit etwa 39% der Mittel oder US \$ 1,5 Mrd. der Neuinvestitionen im Bereich kommerzielle Banken, Mikrofinanzinstitutionen, Leasing-Unternehmen, Börsen usw. wird nahezu exakt der Vorjahreswert erreicht. Daneben spielen Investitionen in die Informationstechnologie mit US \$ 360 Mio die größte Rolle, gefolgt von Versorgungsunternehmen, Nahrungsmittel und Getränke sowie Transport und Lagerhaltung. Die größte Steigerung wurde in der Nahrungsmittelindustrie erreicht (von 0,8% auf 6,3%). Das in den letzten beiden Jahren gestiegene Zusagevolumen im Gesundheits- und Bildungssektor konnte nicht ganz gehalten werden und liegt jetzt nur noch bei US\$ 54,6 Mio. oder 1,3% liegt (Vorjahr US\$ 81 Mio. bzw. 2,1%). Ansonsten ergeben sich im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres keine wesentlichen Veränderungen.

Bedenklich ist der hohe und weiterhin **steigende Anteil von risikobehafteten Vorhaben**. Aufgrund der angespannten Weltwirtschaftslage und der prekären Situation

in einzelnen Ländern und Regionen mussten auch in diesem Jahr wieder umfangreiche Rückstellungen gebildet werden, welche das Nettoeinkommen der IFC belasteten, das von US \$ 345 Mio. (GJ 01) auf US \$ 215 Mio. fiel. Mit einem verbesserten Risiko- und Portfoliomanagement sowie einer intensiveren Begleitung laufender Vorhaben wird die IFC dieser Entwicklung entgegensteuern, es wird jedoch erwartet, daß dies auch die Bilanzen der kommenden Jahre belasten wird.

Im GJ 2001 sind keine **Mitgliedsstaaten** hinzugekommen, so daß die IFC weiterhin 175 Mitgliedsländer zählt. Geschäftsführender Vizepräsident der IFC ist weiterhin der Deutsche Peter Woicke, der auch als einer der fünf Managing Directors der IBRD (zweite Ebene unter dem Präsidenten) verantwortlich ist für den Privatsektor in der Weltbankgruppe.

5.3 MIGA

Die Geschäftstätigkeit der MIGA war im GJ 2002 deutlich rückläufig. Grund hierfür war die insgesamt schwierige weltpolitische Lage und die damit in Zusammenhang stehende zurückgegangene Investitionstätigkeit in den Entwicklungsländern. Insgesamt konnten **58 Garantieverträge** (GJ 01: 66) **über rd. US\$ 1,4 Mrd.** (GJ 01: US\$ 2 Mrd.) abgeschlossen werden. Dies entspricht einer Verringerung des Geschäftsvolumens um 32% (nach einer Steigerung von 25% im GJ 01 und von 23% im GJ 00). Die hierdurch mobilisierten Investitionsmittel in Höhe von rd. US\$ 4,7 Mrd. verteilen sich auf 24 Länder, wobei 14 Garantien in besonders unterentwickelten IDA Ländern abgeschlossen und 11 Garantieverträge (GJ 00: 9) für sogenannte Süd-Süd Investitionen genehmigt wurden. Durch 9 Vorhaben in Post-Konflikt Ländern (Bosnien, Kroatien, Madagaskar, Nepal, Nigeria) konnte MIGA einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau eines verbesserten Investitionsklimas leisten.

Die **regionale Konzentration** der MIGA auf Länder in Lateinamerika und der Karibik wurde von 64% im Vorjahr auf 44% verringert. Damit wurde das im letzten Jahr vom Management anvisierte Ziel, das Lateinamerika Portfolio auf etwa ein Drittel zu reduzieren, noch nicht erreicht. Die Reduzierung der Zusagen in Lateinamerika erfolgte in erster Linie zugunsten eines stärkeren Engagements in Afrika, das seine Zusagen von 9% auf 21% steigern konnte. Garantien für Investitionsvorhaben in Europa und Zentralasien machten 26% aus (Vorjahr 20%). Weiterhin unterrepräsentiert ist der Anteil Asiens mit 8,4%. Keine Verträge wurden in diesem Jahr mit dem Nahen Osten und Nordafrika abgeschlossen (Vorjahr 2%).

Sektoral haben sich erneut größere Umschichtungen ergeben. So hat sich der Anteil an Garantien für Infrastrukturvorhaben von 30% auf über 70% erhöht. Die Finanzdienstleistungen sind dementsprechend von fast 40% auf knapp 20% gesunken. Insgesamt etwa 13% verteilen sich auf die Sektoren Bergbau, Öl und Gas, die im GJ 01 überhaupt nicht vertreten waren.

Am stärksten genutzt werden **MIGA-Garantien** derzeit von Investoren aus den USA (17% am Gesamtportfolio), den Niederlanden (13%) und Spanien (11%). Der deutsche Anteil liegt bei etwa 4%, was etwas unter dem Kapitalanteil (5,6%) Deutschlands an der MIGA liegt. Die teilweise überraschende Verteilung erklärt sich überwiegend aus dem Verhältnis der Produktpalette der MIGA zum Garantieangebot im eigenen Land.

Neben dem Garantiegeschäft hat sich das **Dienstleistungsangebot der MIGA** im Rahmen der Unterstützung von Investitionsförderungsaktivitäten weiter etabliert. IPAnet (<http://ipanet.net>) und die **Privatisierungsinitiative** "Privatization-Link" (www.privatizationlink.com) wurden im GJ 02 im Monat von durchschnittlich 15.000 (IPA-Net) bzw. 8.100 (PrivatizationLink) genutzt.

Im Januar 02 fand eine umfangreiche Reorganisation statt. Ziel dabei war es, die regionale Repräsentanz zu stärken. Zudem wurde das Finance and Risk Management Department neu gegründet und die Evaluierungseinheit in ihrer Unabhängigkeit gestärkt. Das stärkere Engagement in Afrika korrespondiert mit der Eröffnung eines Büros in Johannesburg im März 02.

Im GJ 2002 konnte die **Zahl der Mitgliedsländer** weiter ausgeweitet werden und hat sich um drei Staaten (Tschad, Jugoslawien, Syrien) auf 157 Staaten erhöht.

**Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)
und Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)**
Datenblatt (Stand 23.07.2002)

Gegründet:	<p><u>IBRD</u>: im Juli 1944 in Bretton Woods; Satzung ist am 27.12.1945 in Kraft getreten</p> <p><u>IDA</u>: am 15.12. 1959 als Sonderorganisation der VN. Gründungsabkommen datiert vom 26.1.1960. Geschäftsaufnahme im September 1960 als Tochterorganisation der Weltbankgruppe.</p>
Sitz:	<p>Washington, D.C. 20433, USA 1818 H Street, N.W.</p> <p>Organisatorisch und personell bilden IBRD und IDA eine Einheit.</p>
Mitglieder:	<p><u>IBRD</u>: 184 Mitgliedsländer</p> <p>Ost-Timor ist am 23.7.2002 Mitglied der IBRD/IDA geworden.</p> <p><u>IDA</u>: 163 Mitgliedsländer</p>
Mitgliedschaft und Stimmrechte:	<p>Jeder Staat kann Mitglied von IBRD und IDA werden. Voraussetzung ist jedoch die Mitgliedschaft im IWF. Über Zulassung und Festlegung der Beitrittsbedingungen entscheidet der Gouverneursrat.</p> <p>Das Stimmrecht der Mitglieder orientiert sich am gezeichneten Kapital. Jedes IBRD-Mitgliedsland hat 250 Basisstimmen, zusätzlich einer weiteren Stimme für jeden gezeichneten Kapitalanteil. Jedes IDA-Mitglied verfügt über 500 Basisstimmen plus 1 Stimme für je US-\$ 5.000 seines gezeichneten Kapitals. Bei Aufstockungen werden gewisse Sonderregelungen zugunsten der Entwicklungsländer getroffen.</p>
Ziele/Aufgaben:	<p>Hauptaufgabe von IBRD/IDA ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Schwerpunkte bilden die Armutsbekämpfung, der Umweltschutz und die Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung. Hauptinstrumente sind die Gewährung von Darlehen zu marktnahen Konditionen (IBRD) sowie zinslose</p>

Kredite für die ärmeren Entwicklungsländer (IDA). Damit werden Investitionsprojekte, technische Hilfe sowie wirtschaftliche Reformprogramme (Strukturanpassungskredite) finanziert. Die wichtigste Grundlage für diese Finanzierungen stellt die Länderstrategie (country assistance strategy – CAS) dar.

Organe:

Gouverneursrat: höchstes Beschlussorgan der Bank, bestehend aus Gouverneuren aller Mitgliedstaaten, die durch ihre jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist BM'in Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 5 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt. Drei Direktoren werden von der VR China, Saudi-Arabien und Russland bestimmt. 16 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit der Bank auf der Basis der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Er führt unter Aufsicht des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Weltbankgruppe. Er ist Vorsitzender des Direktoriums, hat aber kein Stimmrecht, außer bei Stimmgleichheit. Er wird vom Direktorium für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt und darf weder Gouverneur noch Exekutivdirektor sein.

Präsident:

James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995)

Eigenkapital:

IBRD: Das gezeichnete Eigenkapital betrug zum Ende des GJ 02 US-\$ 157,141.2 Mrd. (in 1944 US-\$)

IDA: IDA ist ein konzessionärer Hilfsfonds und vergibt zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer (Kreditnehmer müssen aber eine Servicegebühr von 0,75 % auf ausgezahlte Beträge leisten). Aus diesem Grund kann sich IDA im Gegensatz zur IBRD nicht auf den Kapitalmärkten refinanzieren, sondern ist u.a. auf Haushaltsmittel der Mitgliedsländer angewiesen. In der Regel finden alle 3 Jahre Wiederauffüllungsrunden statt. Die Verhandlungen für die 13. Wiederauffüllung für die Finanzjahre 2003-2005 im Juli 2002 abgeschlossen. Das Auffüllungsvolumen beträgt 10,02 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR). Zusammen mit Rückflüssen aus früher gewährten IDA-Krediten stehen für IDA 13 insgesamt rd. US-\$ 23

	Mrd. zur Verfügung.
Hauptanteilseigner:	<p><u>IBRD</u>: USA 16,4 %, Japan 7,87 %, Deutschland 4,49%, UK 4,31 %, Frankreich 4,31 %</p> <p><u>IDA</u>: Deutschland hat an der Erstzeichnung der IDA-Anteile und an allen Aufstockungen maßgeblich teilgenommen und ist nach den USA und Japan drittgrößter Anteilseigner.</p>
Letzte Kapitalerhöhung:	<p><u>IBRD</u>: 1988 (dritte allgemeine Kapitalerhöhung), 1992 (spezielle Kapitalerhöhung wegen Beitritt der Republiken der ehemaligen Sowjetunion), 1996 (selektive Kapitalerhöhung, die allein durch Japan gezeichnet wurde).</p> <p><u>IDA</u>: Juli 2002</p>
Personal:	8.450 Mitarbeiter (IBRD+IDA), davon 6.311 in der Zentrale in Washington DC; 132 der internationalen Angestellten (International Staff) sind Deutsche
Deutscher Kapitalanteil:	<p><u>IBRD</u>: US-\$ 7,239.9 Mrd. Der deutsche Beitrag entspricht 4,61 % des Gesamtkapitals.</p> <p><u>IDA</u>: Deutschland hat nach den USA und Japan mit rd. US-\$ 1,3 Mrd den drittgrößten Kapitalanteil (entspricht ca. 10,3 % der Gesamtzeichnungen).</p>
Deutscher Stimmrechtsanteil:	<p><u>IBRD</u>: 72.649 Stimmen (von insgesamt 1.612.218), entspricht 4,49 % (zum Vergleich: USA 16,45 %, Japan 7,89 %, UK 4,32 %).</p> <p><u>IDA</u>: 940.076 Stimmen (von insgesamt 13.209.787, Stand 23.9.02), entspricht 7,12 % (zum Vergleich: USA 14,49 %, Japan 11,06 %, UK 4,99 %)</p>
Aufteilung der Stimmrechte:	<p><u>IBRD</u>: G7: 42,96 %; Geberländer (Part I): 61,70 %</p> <p><u>IDA</u>: G7: 48,07 %; Geberländer (Part I): 62,53 %</p>
Ausleih- und Auszahlungsvolumen:	siehe beigefügte Tabelle
Fachlich federführendes Ministerium:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausleihvolumen und Auszahlungen der IBRD

	2001				2002			
	Ausleihvolumen		Auszahlung		Ausleihvolumen		Auszahlung	
	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	0	0	43	0,4	42	0,4	87	0,8
Ostasien/Pazifik	1136	10,8	2683	22,8	982	8,6	2846	25,3
Europa/Zentralasien	2154	20,6	2368	20,0	4895	42,7	3394	30,2
Lateinamerika/Karibik	4807	45,8	5268	44,7	4188	36,6	3505	31,1
Mittlerer Osten Nordafrika	355	3,4	666	5,7	452	3,9	515	4,6
Südasien	2035	19,4	756	6,4	893	7,8	909	8,0
Summe	10487	100	11785	100	11452	100	11256	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft	285	3	*		624	5	*	
Bildung	517	5	*		753	7	*	
Energie und Bergbau	1066	10	*		702	6	*	
Finanzsektor	1692	16	*		2063	18	*	
Gesundheit und Soziales	1219	12	*		1338	12	*	
Industrie und Handel	404	4	*		580	5	*	
Kommunikation	174	2	*		97	1	*	
Recht und oeffentl. Verwaltung	2181	21	*		3592	31	*	
Transport	2367	23	*		1526	13	*	
Wasser/Sanitaer	582	6	*		177	2	*	
Summe	10487	100	*		11452	100	*	

* Zahlen lagen nicht vor.

Ausleihvolumen und Auszahlungen der IDA

	2001				2002			
	Ausleihvolumen		Auszahlung		Ausleihvolumen		Auszahlung	
	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	3371	50,0	2247	41,0	3752	46,5	2564	38,8
Ostasien/Pazifik	998	15,0	647	11,8	791	9,8	745	11,3
Europa/Zentralasien	539	8,0	342	6,2	629	7,8	430	6,5
Lateinamerika/Karibik	493	7,0	198	3,6	178	2,2	272	4,1
Mittlerer Osten Nordafrika	152	2,0	123	2,2	103	1,3	117	1,8
Südasien	1211	18,0	1935	35,2	2614	32,4	2484	37,5
Summe	6764	100	5492	100	8067	100	6612	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft	411	6	*		624	8	*	
Bildung	578	9	*		632	8	*	
Energie und Bergbau	465	7	*		1272	16	*	
Finanzsektor	562	8	*		800	10	*	
Gesundheit und Soziales	1302	19	*		1028	13	*	
Industrie und Handel	314	5	*		814	10	*	
Kommunikation	43	1	*		56	1	*	
Recht und oeffentl. Verwaltung	1662	25	*		1607	20	*	
Transport	738	11	*		865	11	*	
Wasser/Sanitaer	689	10	*		369	5	*	
Summe	6764	100	*		8067	100	*	

* Zahlen lagen nicht vor.

Internationale Finanzkorporation (IFC)
Datenblatt (Stand 23.07.2002)

Gegründet:	Am 24. Juli 1956 als erstes neues Mitglied der Weltbank.
Sitz:	1818 H Street, NW, Washington, D.C. 20433, USA
Mitglieder:	175 Mitglieder
Mitgliedschaft und Stimmrechte:	Grundsätzlich kann jedes Land, das Mitglied bei der Weltbank ist, Mitglied bei der IFC werden.
Ziele/Aufgaben:	<p>Förderung privatwirtschaftlicher Initiative in Entwicklungsländer und in Länder im Übergang zur Marktwirtschaft. Im einzelnen sieht das Mandat vor:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländer durch Darlehen und Eigenkapital ohne Rückzahlungsgarantie des begünstigten Landes;➤ Zusammenführung von in- und ausländischem Kapital und Know-How;➤ Verbesserung des Investitionsklimas durch Regierungsberatung und Aufbau von lokalen Finanzmärkten. <p>Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern der Weltbankgruppe beteiligt sich die IFC direkt an Investitionsvorhaben privater Unternehmen in Entwicklungsländern durch Eigenkapital, langfristige Investitionsdarlehen oder die Gewährung von Garantien. Die Konditionen werden für jedes Projekt unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken gesondert vereinbart. Die IFC häufig federführend bei der Strukturierung von Investitionsvorhaben und mobilisiert durch Konsortialkredite und Syndizierungen Mittel von privaten Kapitalgebern. Darüber hinaus stellt die IFC technische Hilfe für den Aufbau von Kapitalmärkten zur Verfügung, berät Regierungen bei der Gestaltung von Investitionsrahmenbedingungen und hilft Unternehmen in Fragen des Umweltschutzes</p>

und der Arbeitssicherheit.

Organe:

Die IFC ist Mitglied der Weltbankgruppe mit eigener Rechtspersönlichkeit, - Beschlüßorgane sind:

Gouverneursrat: höchstes Beschlüßorgan der Bank, bestehend aus Gouverneuren aller Mitgliedstaaten, die durch ihre jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist BM'in Heidemarie Wieczorek-Zeul, Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 5 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt. Drei Direktoren werden von der VR China, Saudi-Arabien und Russland bestimmt. 16 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit der Bank auf der Basis der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Präsident der IFC ist der Präsident der Weltbank. Die Geschäftsführung ist jedoch weitgehend an den „Geschäftsführenden Vizepräsidenten“ delegiert.

Präsident:

James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995). Die Geschäftsführung wird jedoch überwiegend vom „Geschäftsführenden Vizepräsidenten“, Herrn **Peter Woicke**, Deutschland, wahrgenommen.

Eigenkapital:

Das gezeichnete Eigenkapital der IFC betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2002 US\$ 2,36 Mrd., wobei sämtliche Kapitalanteile vollständig eingezahlt sind.

Refinanzierung:

Die IFC refinanziert sich überwiegend durch Mittelaufnahmen auf internationalen Kapitalmärkten, daneben spielen die Eigenkapitaleinzahlungen der Mitgliedstaaten sowie Kreditaufnahmen bei der IBRD eine Rolle.

Hauptanteilseigner:

USA (24,12 %), Japan (5,98 %), Deutschland (5,46%), Großbritannien (5,13 %), Frankreich (5,13 %).

Letzte Kapitalerhöhung:

1992

Personal:

1.464 Mitarbeiter, davon 27 Deutsche

Deutscher Beitrag zum Kapital:	US\$ 128,08 Mio. (entspricht 5,46 % des Gesamtkapitals)
Deutscher Stimmrechtsanteil:	129.158 Stimmen (gesamt: 2.403.839), d.h. 5,37 % (USA 23,70 %, Japan 5,88 %, Frankreich 5,04 %, UK 5,04 %.)
Aufteilung der Stimmrechte:	G 7: 52 %
Ausleih- und Auszahlungsvolumen:	siehe anliegende Tabelle
Fachlich federführendes Ministerium:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklung der IFC Geschäftstätigkeit

	2001		2002	
	Mio \$	%	Mio \$	%
a) Regionale Aufteilung				
Sub-Sahara Afrika	399,59	10,7	385,93	9,6
Asien	1227,75	32,8	809,59	20,2
Nordafrika und Mittlerer Osten	327,51	8,8	157	3,9
Europa- und Zentralasien	718,85	19,2	1137,6	28,3
Lateinamerika	1046,59	27,9	1430,31	35,8
Übrige	21,82	0,6	85,38	2,2
Summe	3742,11	100	4005,81	100
b) Sektorale Aufteilung				
Land- und Forstwirtschaft	31,1	0,8	42,0	1,0
Öl, Gas und Bergbau	129,3	3,5	183,9	4,6
Versorgungswirtschaft	385,2	10,3	246,0	6,1
Bauindustrie und Immobilien	32,0	0,8	101,6	2,5
Transport und Lagerhaltung	192,4	5,2	227,4	5,8
Nahrungsmittel und Getränke	29,0	0,8	250,3	6,3
Chemikalien	107,8	2,9	40,0	1,0
Glas, Zement, Keramik	100,7	2,7	216,4	5,4
Eisen und Stahl, Aluminium	72,2	1,9	49,6	1,2
Papier- und Zellstoffindustrie	50,1	1,3	76,9	2,0
Textilien, Bekleidung und Leder	77,1	2,1	9,3	0,2
Plastik- und Gummiindustrie	-	-	47,2	1,2
Industrieprodukte und Konsumgüter des periodischen Bedarfs	275,4	7,4	168,8	4,2
Information	375,4	10,0	360,3	9,0
Finanzierung und Versicherung	1450,6	38,8	1543,5	38,6
Fonds	150,6	4,0	208,6	5,2
Gross- und Einzelhandel	119,8	3,2	116,7	2,9
Professionelle, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	10,7	0,3	30,0	0,7
Gesundheitswesen	3,1	0	37,8	0,9
Bildungswesen	78,3	2,1	16,8	0,4
Unterkunft und Tourismus	71,4	1,9	32,8	0,8
1. Summe	3742,1	100	4005,8	100

Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)
Datenblatt (Stand 30.06.2002)

Gegründet:	Am 12. April 1988 als Mitglied der Weltbankgruppe.
Sitz:	1818 H-Street, NW, Washington, D.C. 20433, USA
Mitglieder:	158 Länder Tailand 20.10.2001, Syrien 14.5.2002, Chad 11.6.2002, Ost Timor 27.7.2002
Mitgliedschaft und Stimmrechte:	Grundsätzlich kann jedes Land, das Mitglied bei der Weltbank ist, Mitglied bei der MIGA werden.
Ziele/Aufgaben:	<p>Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländer und in Länder im Übergang zur Marktwirtschaft. Das Mandat sieht im einzelnen vor:</p> <hr/> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vergabe von Garantien zur Absicherung nicht-kommerzieller Risiken von Auslandsinvestitionen, z.B. gegen Währungstransferbeschränkungen, Enteignung, Krieg und Bürgerkriege; <hr/> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen zur Förderung von Auslandsinvestition durch Informationsvermittlung zur Verbesserung des Investitionsklimas
Organe:	<p>Der wichtigste Geschäftsbereich der MIGA ist die Übernahme von Garantien gegenüber dem Investor bei Investitionsvorhaben. Die jeweiligen Garantgebühren werden in Abhängigkeit von der Risikoeinschätzung durch die MIGA festgesetzt.</p> <p>Die Maßnahmen zur Förderung von Auslandsinvestitionen (Beratung, Konferenzen, Messen, Datenbanken) erlangen zunehmend Bedeutung. So berät MIGA nationale und internationale Investitionsförderungsagenturen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und unterhält eine umfangreiche Datenbank im Internet, welche Informationen über Investitionsrahmenbedingungen in Entwicklungsländern bereithält.</p> <p>Die MIGA ist Mitglied der Weltbankgruppe mit eigener Rechtspersönlichkeit, Beschlussorgane sind:</p>

Gouverneursrat: höchstes Beschlussorgan der Bank,

bestehend aus den Gouverneuren aller Mitgliedsstaaten, die durch die jeweilige Regierung ernannt werden. Deutscher Gouverneur ist BM'in Heidemarie Wieczorek-Zeul, Stellvertreter ist Staatssekretär Caio Koch-Weser (BMF).

Direktorium: besteht aus 24 Exekutivdirektoren. 6 Direktoren werden jeweils von den größten Anteilseignern ernannt. 18 Direktoren vertreten Stimmrechtsgruppen und werden durch die Gouverneure der jeweiligen Mitgliedstaaten für 2 Jahre gewählt. Das Direktorium überwacht und steuert die Geschäftstätigkeit auf der Basis der vom Gouverneursrat delegierten Befugnisse.

Präsident: Präsident der MIGA ist der Präsident der Weltbank. Die Geschäftsführung ist jedoch weitgehend an den "Geschäftsführenden Vizepräsidenten" delegiert.

Präsident:	James D. Wolfensohn (seit dem 01.06.1995). Die Geschäftsführung wird jedoch weitgehend vom "Geschäftsführenden Vizepräsidenten" (EVP), Herrn Motomichi Ikawa, Japan, wahrgenommen.
Eigenkapital:	Das gezeichnete Eigenkapital der MIGA betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2002 US\$ 1,713 Mrd. Davon wurden US\$ 327,8 Mio. eingezahlt, der Rest (US\$ 1,385 Mrd.) ist Haftungskapital.
Hauptanteilseigner:	USA (19,20 %), Japan (5,66 %), Deutschland (5,63%), Großbritannien (5,40%), Frankreich (4,23%).
Letzte Kapitalerhöhung:	Beschlossen 1999 (um 850 Mio US\$)
Personal:	115 Mitarbeiter, davon 4 Deutsche
Deutscher Kapitalanteil:	US\$ 96,688 Mio, davon eingezahlt 18,4 Mio US\$ (entspricht ca. 19,0 % des Gesamtkapitals)
Deutscher Stimmrechtsanteil:	9.113 Stimmen (gesamt 186.624), d.h. 4,88 % (USA: 16,41%, Japan 4,91 %, Frankreich 3,69 %, UK 4,68%)
Aufteilung der Stimmrechte:	G 7: 40,22 %, Geberländer (Part I): 54,62 %
Ausleih- und Auszahlungsvolumen:	siehe beigefügte Tabelle
Fachlich federführendes Ministerium:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklung der Geschäftstätigkeit der MIGA

	2001		2002	
	Mio \$	%	Mio \$	%
a) Regionale Aufteilung				
Lateinamerika und Karibik	1277,8	63,9	541,1	44,3
Afrika	185,5	9,3	259,2	21,2
Europa und Zentralasien	397,7	19,9	219,0	26,1
Asien	99,7	5,0	102,0	8,4
Mittlerer Osten und Nordafrika	39,1	1,9	0	0
Summe	1999,8	100	1221,3	100
b) Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	591,7	29,6	884,6	72,4
Finanzdienstleistungen	766,1	38,3	236,2	19,3
Tourismus	16,4	0,8	44,2	3,6
Fertigung	84,8	4,2	29,7	2,4
Dienstleistungen	186,8	9,3	24,5	2,0
Agrar	86,4	4,3	2,1	0,3
Bergbau	95,6	4,8	0	0
Oel und Gas	172,0	8,6	0	0
Summe	1999,8	100	1221,3	100